

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Zwei Bogen pro Nummer und in allen Städten 27-3116-9

Massen heraus!
Mittwoch, 4. Febr. 1933 12.30 Uhr, April 1933
Donnerst. 4. Febr. 1933 10.00 Uhr, 20. Febr. 1933
**Der japan.-chines. Krieg
u. die deutsche
Arbeiterklasse**
Herausgeber: Arbeiterstimme
Verlag: Arbeiterstimme Verlag, Dresden 13 699

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Verbreitungsgebiet Ostschlesien / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarisches

8. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 3. Februar 1932 Nummer 28

Rote Mobilmachung gegen imperialistischen Raubkrieg, für Sowjetchina u. Sowjetrußland

„Abrüstungs“konferenz in Genf eröffnet. England, Amerika, Frankreich und Italien fordern Beteiligung an der Deute
Organ fiert den Kampf gegen den imperialistischen Massenmord in China. Verhindert die Munitionslieferungen und
Kriegsgeschäfte der deutschen Kapitalisten. Bildet die rote Arbeiterfront zum Schutze der Sowjetunion und Sowjetchina!

Steigert die Protestbewegung in den Betrieben!

Genf, 2. Februar (Eig. Bericht)
Seit mittag, 14.30 Uhr wurde die erste Sitzung der sogenannten „Abrüstungs“konferenz des Völkerbundes eröffnet. In
einigen einleitenden Worten des französischen Kriegsministers Laroche erhielt der englische Kolonialminister
Dumas das Wort zu einer Erklärung, die angeblich gegen die japanische Kriegshandlungen in China gerichtet sein
soll.

Ziele Erklärung, der sich Amerika, Frankreich und Italien angeschlossen haben, geht aber nicht über die bisherigen
Anforderungen des Völkerbundes an Japan und China zur Einstellung der Feindseligkeiten und Einleitung von Verhand-
lungen hinaus.

In Wirklichkeit kommt es den imperialistischen Mächten darauf an, von dem Raubzug Japans zur Unterwerfung
Chinas zu profitieren und einen möglichst großen Anteil an der Beute zu erhalten.

Nach der Erklärung von Thomas in der die Entsendung
von weiteren Kriegsschiffen zur Wahrung der imperialistischen
Interessen Englands angekündigt wurden, ergiff Henderson
das Wort, um die Ziele der „Abrüstungs“konferenz darzulegen.

Nach klärenden Anspielungen auf den in China mütenden
Krieg bestimmte Henderson die „Ziele“ der Konferenz dahinge-
hend, daß durch Abschluß eines Kollektivvertrages, durch Kom-
batt der Rüstungen und weitere Konferenzen des Völker-
bundes die Abrüstung erreicht werden soll.

Schwarz gab Henderson eine lange Darstellung über die Be-
wehungen des Völkerbundes in Bezug auf die Sicherheit, den
Schutz der Wirtschaft und die Abrüstung. Er erinnerte an die Ver-
träge, wie in die Werkzeuge, die seit 11 Jahren ausprobiert
wurden: Der Vertrag von 1923 über gegenseitige Unterstützung,
der Vertrag von 1924, der Locarno-Pakt, verschiedene Schieds-
verträge, Abrüstungs-Pakt usw.

China hat viel Sorge um den Kanonendonner im Fernen
Osten zu machen, behauptete Henderson, daß der Pariser Pakt
von 1919 ein obligatorischer für alle geworden ist.

Henderson behauptete keine Rede mit einer Reihe Texter und
Anspielungen auf die Welt:

Die Weltmeinung erfordert, daß auf dieser Konferenz alles
zusammengekommen wird, um zu einer frühlichen Herangehen
zu den wichtigsten Forderungen zu gelangen. Die Welt hat
die Abrüstung. Die Welt bedarf der Abrüstung. Ich
hoffe, daß auch nur die Möglichkeit eines Scheiterns in Be-
zug auf die Abrüstung, denn wenn unser Versuch fehlschlägt, so kann
das zu unheilvollen Folgen, die sich daraus ergeben,
führen, voraussetzen.

Wie es voraussehen war vermehren sich die Intrigen
gegen die Sowjetunion, d. h. gegen die einzige Delegation, die
für einen klaren Abrüstungs- und Friedensprogramm nach Genf
kommen ist. Heute morgen veröffentlicht das Journal des
Matin, das Propagandorgan Frankreichs und der Staaten der
Ligabund einen Artikel Jules Caesars, in dem u.
a. steht:

Die Unwissenheit der Sowjets übt einen schlechten Einfluß
auf den Verlauf der Konferenz aus. Der einzige vernünftige
Vorschlag besteht darin, die europäischen Völker zusammen-
zufassen, um die Mittel und Wege zu prüfen, die nationale
Sicherheit durch eine europäische Armee zu erzielen. In An-
betracht des Charakters dieses Systems hat Rußland nichts in
dieser Sache Organisation zu suchen.

Widerstands haben bis heute nachmittag die Schweizer Se-
kretäre nach nicht dem Genossen Karl Kadel, Sonderkorrespondent
der Arbeiterstimme, die Einzelne bewilligt.

Japan weiß nur zu gut, daß es sich bei den Erklärungen des
Völkerbundes und der imperialistischen Mächte nicht um den
Schutz Chinas, sondern um seine Austreibung unter die imperia-
listischen Räuber handelt. Deshalb werden in China immer
mehr Truppen gesammelt, neue Angriffe durchgeführt und neue
Gebiete besetzt. Gleichzeitig erweitert Japan durch seine Verhan-
dungen das Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion und verstärkt

Sija hat sich nach dem Einmarsch regulärer japanischer Trup-
pen aus Charbin wieder zurückgezogen.

Besetzung weiterer Hafenstädte

Schanghai, 2. Februar (Eig. Drahtbericht.)

In Kanton und Swatan haben die japanischen Trup-
pen die Verwaltungsgebäude und die Hafenverwaltung besetzt. Die
Japaner haben zwei Zerstörer nach Tschifu (gegenüber von
Port Arthur) entsandt, außerdem haben drei Minensubmarine den
Hafen, den chinesischen Hafen Nomon an der Formosa-Estrade
zu besetzen.

Gegen Arbeiter macht Schanghai-tse gemeinsame Sache mit Japan!

Die chinesischen Arbeiter, die Partisanentruppen zum
revolutionären Kampf gegen Japan, für ein China der Arbeiter
und Bauern zusammenstellen, befinden sich in einem erbitterten
Kampf gegen die chinesischen Behörden. Die faschi-
stische chinesische Regierung, die den Raubzug des japanischen
Imperialismus nicht zu bekämpfen vermag, fürchtet die revolu-
tionäre Tatkraft der chinesischen Massen so sehr, daß sie gegen
diese Massen gemeinsame Sache mit den Japanern macht.

Die einzige Kraft, dem imperialistischen Kriegszug Japans
ein Ende zu bereiten und die Kampfpläne der imperialistischen
Mächte gegen Sowjetchina und die Sowjetunion zu durchkreuzen,
besteht nur in der Arbeiterklasse. Die rote Mobilmachung
der Arbeiter unter der Führung der KPD hat bereits begonnen.

Nach in Sachsen haben in den letzten Tagen eine Reihe von
großen Demonstrationen und Versammlungen stattgefunden. Wir
erinnern nur an die gewaltige Massenversammlung in Leipzig,
an die Versammlungen in Rammelsberg, Leubnitz, Ka-
tharinenberg, Leutenich und Chemnitz. Überall haben
Betriebsarbeiter, Erwerbslose, Arbeiterfrauen und Kleinrentner
beschlössen, den Kampf gegen den neuen imperialistischen Massen-
mord im eigenen Land, gegen die eigene Bourgeoisie aufzunehmen.

Aber noch härter, noch einheitlicher und noch je-
her mehr die rote Einheitsfront zur aktiven Verteidigung und
zum Schutze der Sowjetunion und Sowjetchinas entstehen!

Nur Leben und Tod verbunden, so muß die deutsche Arbeit-

Neue Kämpfe in Schanghai

Schanghai, 2. Febr. (Eig. Meld.)

Gegen Mitternacht eröffnete die japanische Artillerie erneut
das Feuer, das von den Chinesen erwidert wurde. Nach kurzer
Zeit trat jedoch Ruhe ein. Um 5 Uhr morgens Ortszeit richteten
japanische Seesoldaten heftiges Maschinengewehr- und Geschütz-
feuer auf die Häuser des Hongkin-Quartiers.

In Putung, einer Vorstadt von Schanghai, landeten die
Japaner mehrere hundert Mann und besetzten die Lagerhäuser
gegenüber der englischen und amerikanischen Konsulate.

Wie weiter gemeldet wird, besetzten die Japaner die Stellungen
wieder, die sie am Freitagvormittag aufgegeben hatten. Sie
besetzten das Infanteriehospital.

Ein neuer japanischer Angriff, an dem 2000 Mann
teilnahmen, wurde nach dreieinhalbstündigem Kampf in den
Abendstunden des Dienstag von den Chinesen vor dem Schang-
haier Nordbahnhof zum Stehen gebracht.

Japaner in Charbin eingerückt!

Nach erfolgtem Bombardement sind japanische Truppen
erneut in Charbin einmarschiert und haben die Feststadt Al-
Charbin besetzt. Die Weichgardisten veranstalteten große Jubel-
feiern. Der in japanischen Diensten stehende Chinesengeneral

leitigung der hohen Mietzahlungen.
Kleingewerbetreibende, Angestellte und Beamte haben sich
mit den Arbeitern zusammengeschlossen um gemeinsam ihre Le-
bensinteressen zu verteidigen. Durch die Schaffung der einheits-
tätigen Kampffront und die Bildung eines Kampfausschusses, dem
Sozialdemokraten, Kommunisten und Parteilose angehören, be-
weisen sie, daß sie nur ihrer eigenen Kraft vertrauen. Das Bei-
spiel von Neugersdorf weist den Arbeitern den Weg, kein Haus
ohne Diskussion über die Interessen der Mieter, Alles mobil ge-
macht gegen die Sozialreaktion! Für tragbare Mieter, für die
Schaffung eines sozialen Miet- und Wohnrechts.

Die Gemeinnützige Bauergesellschaft droht bereits mit dem
Staatsapparat. Ein Aktionsausschuß aus 22 Personen legt sich
aus kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Mit-
gliedern zusammen. Ebenso haben die in Frage kommenden Ge-
werberaummieter sich dem Kampf angeschlossen.

Dieser Mieterstreik ist ein glänzendes Beispiel für den
Kampf um die Interessen der werksfähigen Mieter und zur Ver-

Werkfähige Mieter wählt überall Delegierte zum Mieterkongress
am 11. Februar in Chemnitz zur Organisation eines Kampfes!

Sonntag Großwerbetag

Rüstet hierzu in allen Parteioptionen! Trefft sofort Vorbereitungen zur massenhaften Gewinnung
von neuen Parteimitgliedern, von neuen Lesern für die Arbeiterstimme und das Illustrierte Volksecho!



ferklasse mit den Arbeitern aller imperialistischen Länder, mit den Erbauern des Sozialismus in der Sowjetunion, mit den revolutionären Kämpfern in Sowjetchina den Kampf gegen den räuberischen Imperialismus führen.

Die deutsche Arbeiterklasse verteidigt in der Sowjetunion den Hort der proletarischen Freiheit und des sozialistischen Aufbaus, die Würde des Sieges des internationalen proletarischen Befreiungskampfes.

Die deutsche Arbeiterklasse verteidigt in der Sowjetunion ihre eigene Zukunft, das Leben ihrer Familien, das kommende freie sozialistische Deutschland.

Die deutsche Arbeiterklasse verteidigt in der Sowjetunion den herrlichen Vormarsch der Weltrevolution. Der Kampf des deutschen Proletariats muß mit schärfster Frontstellung gegen den kapitalistischen Feind im eigenen Land, gegen jede Vierung von Munition und sonstigen Kriegsmitteln aus Deutschland an die japanischen Imperialisten und an die blutbesten Kuomintang-Generale geführt werden.

Schlagt Alarm, Arbeiter! Entrollt überall die Fahne Lenins und Plechnechts gegen den neuen imperialistischen Majennord! Hört Befehle, erhebt eure Stimme! Die Kriegsverbrecher sollen sich an der Willensmacht der deutschen und internationalen revolutionären Arbeiter die Fahne zerbrechen!

Hamburger Hafenarbeiter und Seeleute rufen zum Streik

Hamburg, 2. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Gestern nachmittag nahmen die Hafenarbeiter der Vermittlungsstelle Stubbenhuk in einer einstimmig angenommenen Resolution scharf Stellung gegen die Waffen- und Munitionstransporte aus dem Hamburger Hafen. In der Resolution heißt es: „Die sozialdemokratischen Führer, die vom Frieden reden, ermöglichen diese Waffen- und Munitionstransporte. Die Hafenarbeiter von Stubbenhuk verpflichten sich, jede Arbeit, die den imperialistischen Krieg ermöglicht, abzuschneiden.“

Am Dienstag trat in Hamburg eine Konferenz revolutionärer Seeleute zusammen, die zum Kampf gegen die Vierung von Sprengstoff und Munition zur Führung des imperialistischen Krieges beschlossene Forderungen aufstellte.

Die Munitionslieferungen und Transporte, die in Hamburg aufgedeckt wurden, beweisen, daß auch die deutsche Bourgeoisie riesenprofite aus dem Massenmord in China und den Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion holen will.

Von Roste bis Jarres für Hindenburg

Oberbürgermeister Küz wird in Sachsen

Der Aufruf des Sachsausschusses für Hindenburg wird von der bürgerlichen Presse in großer Aufmerksamkeit abgedruckt. Auch der Vorwärts druckt den Bericht des Ausschusses fast wörtlich ohne eine einzige Zeile Kommentar ab! Damit bringt das Zentralorgan der SPD zum Ausdruck, daß die SPD rechtlos mit der Hindenburgkandidatur einverstanden ist. Roste ist also der offizielle Vertreter der SPD im Hindenburg-Ausschuss.

Roste sitzt in diesem Ausschuss zusammen mit dem Reaktionsär Jarres, mit dem Vorsitzenden des deutschen Handlungsgeschäftsbundes, Wechs, mit dem Generaldirektor der IG-Farben, Duisberg, mit dem früheren Reichswirtschaftsminister Gehler, mit dem Jungdemokraten Wahren, mit dem Vizepräsidenten des Reichsausschusses für die SPD.

Die Nazis bemühen sich krampfhaft um eine eigene Kandidatur. Ob Hitler selbst sich aufstellen läßt, ist noch ungewiß, da der deutschnationale braunschweigische Minister Kühnenhal auf Anweisung Jugenbergs Hitler nicht zum Deutschen machen will. Aber mögen auch die Nazis für den ersten Wahlgang einen eigenen Kandidaten aufstellen, an ihrer grundsätzlichen Zustimmung zur Brüning-Hindenburg-Politik besteht nicht der geringste Zweifel.

Auch in Sachsen wird die Werbetrommel für Hindenburg gerührt. Einweilen steht der Oberbürgermeister Dr. Kutz, Dresden, allein auf weiter Flur. Unter der Überschrift: „Auch das sächsische Volk will Hindenburg“ erlöst er einen Aufruf, der jedenfalls auch die Zustimmung der sächsischen SPD finden wird.

Anders ist die Haltung der sächsischen Arbeiterkraft und aller übrigen werktätigen Schichten, die den Hauptteil der sächsischen Bevölkerung ausmachen. Die werktätigen Massen Sachsens sind gegen Hindenburg, den Kandidaten der deutschen Bourgeoisie, die mit sächsischen Notverordnungen das werktätige Volk unterdrückt und ausbeutet. Die sächsische Arbeiterkraft und mit ihr die werktätigen Schichten in Stadt und Land, werden sich nicht in die Hindenburgfront und ihren sozialfaschistischen Flügel, die „Eiserne Front“ einreihen, sondern in die rote Einheitsfront für den Kandidaten der proletarischen Klasse, den Genossen Thälmann aufmarschieren.

Urteil im Riesaer Mordprozeß

Faschisten erhalten Freibrief für Arbeitermord!

Am Dienstagvormittag fällt das Schwurgericht im Mordprozeß Riesa folgendes Urteil:

Es werden verurteilt:

der Angeklagte Lubatsch wegen gefährlicher Körperverletzung und groben Unfugs, ferner wegen Vergehens gegen die Waffenverordnung vom 28. März 1931 in zwei Fällen zu 7 Monaten 2 Wochen Gefängnis,

der Angeklagte Horst Merisch wegen Kaufhandels zu 9 Monaten Gefängnis,

der Angekl. Hiedler wegen Kaufhandels zu 9 Mon. Gefängnis

der Angeklagte Günther wegen gefährlicher Körperverletzung und groben Unfugs, wegen Kaufhandels in Tateinheit mit Vergehens gegen die Waffenverordnung vom 28. März 1931 in zwei Fällen zu einem Jahr Gefängnis,

der Angeklagte Hölzig wegen gefährlicher Körperverletzung und groben Unfugs, ferner wegen Kaufhandels und Vergehens gegen die Waffenverordnung vom 28. März 1931 in einem Falle zu einem Jahr Gefängnis,

der Angeklagte Helmede wegen gefährlicher Körperverletzung in Tateinheit mit Kaufhandel und Sachbeschädigung sowie wegen Vergehens gegen die Waffenverordnung vom 28. März 1931 zu zwei Jahren vier Monaten Gefängnis,

der Angeklagte Hans Merisch wegen gefährlicher Körperverletzung und Kaufhandels sowie Vergehens gegen die Waffenverordnung vom 28. März 1931 zu einem Jahr 1 Monat und zwei Wochen Gefängnis.

Nazimordheke und Hochverratsverfahren gegen Genossen Thälmann

Der Haß der vereinigten Reaktion gegen den Klassenkandidaten der roten Arbeiterfront

Genosse Thälmann ist der Kandidat der proletarischen Klasse zur Reichspräsidentenwahl, der Kandidat des Kampfes für Brot und Arbeit, der Kandidat für das freie sozialistische Deutschland, der Kandidat des revolutionären Kampfes gegen das neue imperialistische Weltgemischel.

Die um ihren Kandidaten luhndelnde vereinigte Reaktion von Weis über Brüning bis Hitler beanstandet die Kandidatur des Genossen Thälmann mit verschärftem Haß gegen den Kandidaten der roten Arbeiterfront. In der Hamburger Bürgererschaft liegt der Parteien der Koalitionsregierung ein Antrag auf Aufhebung der Immunität unseres Genossen Thälmann vor, der in nächster Zeit verhandelt werden soll. Die Hamburger Staatsanwaltschaft hat gegen den Genossen Thälmann ein neues Hochverratsverfahren eingeleitet und darum die Aufhebung der Immunität gefordert.

Die Nazis erfüllen auch in dieser Situation ihre Aufgabe als bezahlte Wächter des Finanzkapitals, indem sie offen zur Ermordung des roten Arbeiterkandidaten Thälmann aufrufen.

Wie veröffentlicht den dritten Vers eines Kampfliedes, das von Hamburger Mordsturm 14 gesungen wird und auch die Verherrlichung des Regimordes an dem kommunistischen Arbeiter Genossen Henning enthält:

„Es pfeift von allen Dächern,
Das Nordsee ist jetzt aus,
Es ruhen die Riffen,
Sturm 14 zieht nach Haus,
Der Henning ist erschossen
Und Andree folgt ihm bald;
Den Oberbunzen Thälmann,
Den machen wir auch bald kalt!“

Gegen diese infame Mordheke ist natürlich bisher kein Protest ausgingen und kein Staatsanwalt eingeschritten.

Die proletarischen Millionen werden der vereinigten Reaktion, der bürgerlichen Partei und den Nazis gegenüber ein Millionenbekenntnis für den Thälmannkandidaten Ernst Thälmann abgeben.

Der arbeiterfeindliche Landtag tagt

Keine Hilfe für Mieter und Siedler

Aber Millionengespente für die Industrie. SPD der Antwalt der Schiedsregler Nazis befunden durch Schweigen ihre Zustimmung. Rüstet zum roten Volkskrieg

Dresden, 2. Februar

In der heutigen Landtagssitzung wird als erster Tagesordnungspunkt ein sozialdemokratischer Antrag behandelt, in dem von der Regierung Hilfsmittel für die Siedler und Verbilligung der Wohnwohnungen verlangt wird, ohne daß im einzelnen festgelegt ist, wie diese Maßnahmen aussehen sollen. Den Antrag begründet der Sozialist Güllert. Er spricht von verantwortlicher Mieterspolitik von Landtagsrednern und grenzenloser Entschädigung der Mieter. Für die SPD sprach

Genosse Mähig

der durch keine Ausführungen die Stellung der SPD zu den Hilfsmitteln für die Mieterschaft als Demagogie entlarvt.

Genosse Mähig weist nach, daß die Siedlerpolitik im Anfang ein Stück Selbsthilfe der Siedler ist, um aus der Wohnungsnot herauszukommen. Die Schuld an der Wohnungsnot trägt das kapitalistische System. Die Arbeiterkraft und Teile des Mittelstandes können bei den Hungerlöhnen und niedrigen Einkommen die Miete und die Kosten nicht aufbringen. Die Folge ist, die massenhaften Ermittlungen und Enteignungen von Siedlern, die allerdings durch die Sozialisten weiter Bevölkerungszunahme verhindert werden. Trotzdem die 300 zwei Millionen Wohnungen gebaut werden sollen, ist bis jetzt nichts geblieben, um der Wohnungsnot abzuhelfen. Die sächsische Regierung ging trotz der großen Wohnungsnot in Sachsen dazu über, den Wohnungsbau völlig einzustellen. Unrecht ist, daß die Mietzinsermittel für Polizei und Criminalgewalt des Staates verwendet werden, 100 Millionen Mark Mietzinssteuer wurden dem Wohnungsbau entzogen.

Die Dinge sind zu einem Stande gekommen, daß die SPD durch die Unterstützung der Notverordnungs- politik mit Schuld an dem Elend der Mieterschaft und der werktätigen Siedler. Sie ist schuld daran, daß die Heinen Leute zahlungsunfähig geworden sind. Die SPD läßt Streikbrüche und will die Arbeiterkassen ab vom Kampf zur Verteidigung ihrer Lebensinteressen. Mit der Regierung treibt sie genau Schindluder wie mit den Strahlen vom Freischuh. Die SPD toleriert jämmerliche Maßnahmen der Regierung die sich gegen die arbeitende Bevölkerung richten. Wenn die SPD in ihrem Antrag Hilfsmittel von der Regierung verlangt, dann handelt es sich hier um ein demagogisches Manöver zur Verdrängung ihrer bisherigen Kandidaten gegenüber den Mietern und Siedlern.

6-Millionen-Geschenk für die Autoindustrie

Die Vorlage für die Staatsbürgerschaft beim Zusammenstoß der Autoindustrie, durch die den Autoindustriellen ein Geschenk von sechs Millionen gemacht werden soll, wurde ebenfalls vom Finanzminister begründet. Nach dem Volksparteiführer Dr. Bruch sprach Kaufmann von der SPD. Er verurteilt, mit einem Scheinversteht gegen die Industrie die Zustimmung seiner Reaktion zur Vorlage und damit zu dem Millionenbeschenk den werktätigen

Die Kommunisten werden dem sozialdemokratischen Antrag zustimmen, um den Mietern erneut zu zeigen, daß von diesem Landtag und von dieser Regierung keine Hilfe zu erwarten ist, weiter nichts als papierenen Beschlüsse zu erwarten haben.

Wir verweisen wieder auf unser rotes Selbsthilfeprogramm als die einzige Möglichkeit zur Arbeitsbeschaffung und zur Erhaltung billiger Wohnungen geordert worden. Dieser Antrag der SPD mit den bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Am 11. Februar findet in Chemnitz ein Mieterkongress statt, der von uns einberufen ist. Dieser Mieterkongress eine Tagung, auf der Mittel und Wege des Kampfes unter rotes Selbsthilfeprogramm beraten und beschlossen werden sollen. Alle Mieter und Siedler müssen den Delegierten beistimmen und zu den Problemen Stellung nehmen, die sie heute im Zeichen der Notverordnungsmaßnahmen besonders beschäftigen. Wir werden dort unser Programm vorlegen, wir werden dort den Mietern und Siedlern die Forderungen vorlegen, die wir als Kommunisten stellen, die nur im Rahmen des außerparlamentarischen Kampfes verwirklicht werden können.

Die Abstimmung ergab die Annahme des SPD-Antrags. Ein zu nichts verpflichtender Antrag der Volksrechtler wurde ebenfalls angenommen.

Zur weiteren Beratung fand die Regierungsvorlage der Wechseltaxterweiterung der sächsischen Staatsbank, nach der Fusion der Staatsbank mit der Breda erfolgen soll. Diese Vorlage wurde vom Finanzminister Heberich verteidigt. Nach dem von der Volksrechtlerpartei wurde sich gegen die Breda, die Inflationssart benutzt hat, um einen großen Verlust zu machen, aber keine entsprechende Aufwertung der Sparanlagen durch-

Genosse Meißner

sprach grundsätzlich zu der Vorlage und zeigte auf, daß die demütigenden Zahl, dem Tage des Zusammenstoßes der Staatsbank, der Volk des Vertrauens der kleinen Sparte in den alten Banken auch zu der Breda zum Tausch gekommen ist.

Die kommunistische Fraktion lehnt diese Vorlage ab, sie kein Interesse an der Unterstützung der kapitalistischen und Bankrotwirtschaft, sondern nur an der Bekämpfung des Systems hat. Bei der Fusion der Staatsbank mit der Breda, den die Beamten und Angestellten sowie die werktätigen die Leidtragenden sein.

Steuergesetz zu verzeichnen. Nach seiner Auffassung ist die Krise der Krise nicht in dem kapitalistischen System, denn nur am Verlangen ein ziele in der Wirtschaftspolitik. Schluß erklärte Kaufmann, daß die SPD-Fraktion der Staatsbürgerschaft, also dem 6-Millionen-Geschenk an die Autoindustrie zustimmen werde.

Von der kommunistischen Fraktion prangerte der

Genosse Meißner

die Politik der Sozialdemokratie an, die immer und überall die Interessen der Ausbeuter eintritt, was auch in dem Antrag zu der Staatsbürgerschaft für die Autoindustrie zum Ausdruck kommt. Genosse Meißner wies darauf hin, daß die Arbeiter und Willkür der Steuergebe der werktätigen Bevölkerung und Willkür der Steuergebe der werktätigen Bevölkerung wurde im Zusammenstoß von dem Staatsbankrott der Breda indirekt gegeben, der darauf hinwies, daß in die Werte in den letzten Jahren 100 Millionen Mark verloren worden seien. Die Stadt Breda hat ebenfalls bei der Breda werden bereits 700000 Mark eingebüßt, und in Breda sind von dem preussischen Staat mehr als 7 1/2 Millionen Mark pulverisiert worden. Alle diese Subventionen, die der Regierung und den anderen werktätigen Schichten durch immer noch zu ern herausgepreßt werden, können den Bankrott dieser Breda nicht verhindern.

Die kommunistische Partei ruft die werktätigen Massen unter ihrer Führung den

schärfsten Kampf gegen diese Subventionspolitik, gegen alle Angriffe der Ausbeuter, die immer noch Vorkehrungsmaßnahmen durchzuführen, anzuweisen.

Zum Schluß verurteilte noch der Sozialist Güllert die Verbindung mit einer weißen Kommunistenheute, die Subventionspolitik der SPD zu verteidigen.

Die Vorlage der Regierung wird unter Zustimmung der Parteien mit Ausnahme der Kommunisten dem Parlament übergeben.

Selbstredend hervorgehoben ist, daß die Nationalsozialisten ihrem Punkt der Tagesordnung Stellung nahmen. Durch Schweigen zeigten sie ihr volles Einverständnis mit der antirevolutionären Politik der Schiedsregler, die auch demselben SPD ihre Hauptstütze sind.

Nur die Kommunisten verurteilten rücksichtslos die Politik der Arbeiterkraft und der gesamten werktätigen Bevölkerung die eine grundlegende Veränderung dieses Systems zur außerparlamentarischen Massenkampf zur Bekämpfung der Regierung und zur Ausschließung eines roten Arbeiterkandidaten zum freien sozialistischen Deutschland durchzuführen.

Vor Inter
In der Re
der Kommuni
hat, heißt es:
Entgegen
den in ihr M
menten hat
Festigung
und mehrer
Rohigkeit
letzigen dr
Periode des
beschleunig
und innero
mas, die m
Krieges.
Auch der Er
Aufschwung
Ländern un
Revolutio
Diese Bar
falle mit in
Mitt für Wort
Streik im
Paris, 2
die Unternehm
1. Februar hat
Zeit beantrag
kardes gear
hat Schlichte
Sowjetlich
In St. M
Kardierung der
Schlichter ne
ber Unternehm
SPD zu Vert
In Virogo
Lun es heute
Hilfsung d
die gegen den
kubert, die un
hinger verju
70
unte
Madrid,
unabhängig
18000 Mex
In einer W
Einwohner
Kreuzen und
Wiener G
Wien, 2. Fe
Friedensarbeit
an englischer
Waffen des Gen
General des Kor
trat das Wort
die Bekämpfung
A-SCHA
Der
Be
47 Fortschu
Über mar
Kammit die W
lichten unterge
politik der soz
Wohlfahrt die
Wohlfahrt die
Wohlfahrt die
Wohlfahrt die
Kammlet ja
verhältnissen
im Staat und
regard herum
Mittels Frie
nach Boden
„Frieden? S
„Geben wir?“
Wider erbe
Ra. „Gib zu
Kommunisten.“
Wohlfahrt die
Kammlet ja
verhältnissen
im Staat und
regard herum
Mittels Frie
nach Boden
„Frieden? S
„Geben wir?“
Wider erbe
Ra. „Gib zu
Kommunisten.“
Wohlfahrt die
Kammlet ja
verhältnissen
im Staat und
regard herum
Mittels Frie
nach Boden
„Frieden? S
„Geben wir?“

Voraussage der Komm. Internationale eingetroffen

In der Resolution, die das X. Plenum des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale im Mai 1929 angenommen hat, heißt es:

Entgegen den Prophezeiungen der Sozialdemokratie und den in ihr blühenden rechten und versöhnlichen Elementen hat die Stabilisierung des Kapitalismus nicht nur keine Festigung erfahren, sondern wird im Gegenteil immer mehr und mehr erschüttert, immer anschaulicher bestätigt sich die Richtigkeit der vom VI. Kongress gegebenen Einschätzung der jetzigen dritten Periode des Nachkriegskapitalismus als einer Periode des Herantretens einer allgemeinen Krise, der beschleunigten Verschärfung der grundlegenden außen- und innerpolitischen Gegensätze des Imperialismus, die mit Unvermeidlichkeit zu imperialistischen Kriegen, zu den gewaltigsten Klassenkonflikten, zu einer Ära der Entwicklung eines neuen revolutionären Aufschwungs in den ausschlaggebenden kapitalistischen Ländern und zu großen antimperialistischen Revolutionen in den Kolonialländern führen.

Diese Voraussetzungen zu einer Zeit gegeben, wo die Wirtschaftskrisis in einigen Ländern schärfere Formen annahm, hat sich dort für dort bestätigt.

Streik im nordfranzösischen Kohlengebiet

Paris, 2. Februar. Die Kündigung des Lohnvertrags durch die Unternehmer des nordfranzösischen Kohlengebietes zum 1. Februar hat der Einheitsverband der Bergarbeiter mit dem Streik beantwortet. Der Streikparade des Einheitsverbandes gegen den zehnprozentigen Lohnabbau haben bisher fünf Schächte gegen den Willen der reformistischen Gewerkschaftsverbände Folge geleistet.

In St. Nazaire veranstalteten 4000 Metallarbeiter eine Kundgebung gegen die Massenentlassungen. Die Arbeiter und Schiffsbauer von Dunkerque haben beschlossen, gegen den Versuch der Unternehmer, die Löhne herabzusetzen, am 4. Februar in den Streik zu treten.

In Limoges, dem Zentrum der französischen Schuhindustrie, kam es heute zu blutigen Zusammenstößen zwischen solchen unter Führung der A.G.D. stehenden Schuharbeitern, die gegen den Lohnabbau in Streik getreten sind, und Streikbrechern, die unter dem Schutz der Polizei in die Betriebe eingedrungen sind.

70 000 Arbeiter im Kampf unter kommunistischer Führung

Madrid, 2. Februar. An dem in Sevilla von der kommunistischen Partei proklamierten Generalstreik sind 70 000 Arbeiter beteiligt.

In einer Vorstadt von Madrid kam es zwischen streikenden Arbeiter und einerseits und Polizei und Streikbrechern andererseits zu blutigen Zusammenstößen.

Wiener Einheitskongress von der Polizei geiprengt

Wien, 2. Februar. Weltweit trat hier der Einheitskongress der Arbeiter und Erwerbslosen zusammen. Der Kongress war von ungefähr 600 Delegierten besucht. Als nach dem Schluss des Generalsekretärs der kommunistischen Partei, Oswald Reppel, ein oppositioneller Sozialdemokrat das Wort ergriff, drang die Polizei in den Saal, erklärte die Versammlung für aufgelöst und sprengte den Kongress.

K.P. Frankreichs im Kampf gegen den Krieg

Aufruf der kommunistischen Partei Frankreichs zu Massenaktionen gegen den imperialistischen Krieg im Fernen Osten und den räuberischen französischen Imperialismus

Paris, 2. Februar. Die „Humanité“ veröffentlicht einen Aufruf des Politbüros der kommunistischen Partei Frankreichs, in dem es heißt:

„Die Kanonen des japanischen Imperialismus bombardieren Schanghai und Chardin. Mit der offenen Unterstützung des französischen Imperialismus legen die japanischen Räuber ihre Bandenständigkeit fort und massakrieren die chinesischen Arbeiter.“

Die Bombardierung und die Besetzung Chardins verschärfen ungedeckt die unmittelbare Bedrohung der Sowjetunion und sind ein Schritt weiter zum bewaffneten Angriff gegen unser sozialistisches Vaterland.

Amerikanische Kriegsschiffe kreuzen mit Vollstopp nach der Yangtse-Kündung. Die imperialistischen Länder kämpfen um die Verteilung Chinas. Sie wollen die Eroberung der jungen chinesischen Sowjetrepublik erlauben und sie in einem Meer von Blut ertränken.

Während die gegen die Sowjetunion gerichteten Kriegs- und Raubpläne der kapitalistischen Staaten in beschleunigtem Tempo ihrer Verwirklichung entgegengehen, verschärft die sozialdemokratische Partei Frankreichs ihre Angriffe gegen die Sowjetunion und verdoppelt ihre Anstrengungen, um die Machtkämpfe der Proletariat durch ihre Kampagnen über den Pazifismus und die Abrüstung einzuschleieren. Wie im Jahre 1914 verleiht die sozialdemokratische Partei Frankreichs auch heute die nationale Einheitsfront mit allen Parteien der Bourgeoisie.

Werttätige Frankreich! Unter Führung der kommunistischen Partei, der einzigen Partei, die gegen den Krieg kämpft, entwickelt eure Aktionen, verdoppelt eure Demonstrationen gegen den französischen Imperialismus, der an der Spitze dieser teuflischen Limitierte steht.

Sozialdemokratische Arbeiter! Ihr seid unzufrieden gegen den imperialistischen Krieg und für die Verteidigung der Sowjetunion. Eure Führer und eure Partei betrogen euch. Mit pazifistischen Phrasen wollen sie euch, im Schlepptau eines Klassenfeindes, des Kapitalismus, in den Krieg hineinzerren. Entledigt euch ihrer Vormundschaft, verbindet euch mit den kommunistischen Arbeitern zum einzig wirksamen Kampf gegen den Krieg. Tretet gemeinsam!

Zurückziehung der französischen Truppen und Kriegsschiffe aus China!

Organisiert die gemeinsame Aktion zur Verhinderung der Truppen- und Munitionstransporte!

Kämpft tagtäglich in den Betrieben und in den Erwerbslosenanschlüssen für die Verteidigung eurer Löhne, für die Einführung einer Erwerbslosenversicherung, auf Kosten der Unternehmer und des Staates, für den Streiktag mit Lohnausgleich, gegen die Entlassungen.

Für eure Forderungen kämpfen heißt den französischen Imperialismus schwächen, heißt gegen den Krieg kämpfen.

Die 17. Parteikonferenz der K.P.S.U.

Stöße von Telegrammen und Briefen zeigen die enge Verbundenheit der Partei mit den Massen

Moskau, 1. Februar (Eigener Drahtbericht unseres W.A. Reaktionsmitgliedes.) Während der Parteikonferenz bringt der Postbote heute 11 Uhr vormittags ein Telegramm mit der Aufschrift 17. Parteikonferenz; der Ausgabestempel Magunko ist. Das Telegramm lautet: „Heute früh 9 Uhr wurde der erste Hochstufen angefahren. Dieser Hochstufen wurde als erster aus der Serie von zehn fertig und liefert täglich 1000 Tonnen Kupfer.“

Alle paar Minuten laufen neue Telegramme ein, die Briefe werden zu Stapeln am Vorhandeltisch. Betriebe, Kollektive, Sowjetgüter berichten der Parteikonferenz und senden Geschenke in Form von neuen Siegen an der Front der Industrialisierung. Der Betrieb Dynamo, Moskau, meldet für den Plan 1932 33 Millionen Rubel Erparnis durch selbständige Herstellung von Maschinen.

Die Strohbrigade deutscher Erdbauarbeiter aus den Kohlengruben Prolschewitz im Aueschenden schreibt: „Als Geschenk der Parteikonferenz überreichten wir den Monatsplan vor der Front. Die Grundlage unserer Arbeit bildet der Kampf um die vollständige Durchführung der Parteilinie. Die Brigade wird alles daran setzen, noch größere Erfolge an der Industriekontroll zu erringen.“ Heute Nacht erlösen vom Hof des großen Kremplastes, Soeben findet die Einfahrt der ersten fünfzehn Autos vom Nishni-Nowgoroder Autogiganten statt. Die 20 größten Schächte des Donzbeckens dröhren aus Stalino: „29 Schächte, welche 10 Prozent der gesamten Kohlenförderung der Sowjetunion aufbringen, begrüßen die 17. Parteikonferenz und geloben, täglich 10 000 Tonnen Kohle zu liefern als unseren Anteil zum Plan, 90 Millionen Tonnen Kohle für 1932.“

Es kommt ein Brieftelegramm aus Tscheljabinsk: 2000 neue Kämpfer für die Partei Lenins in den Wochen der Vorbereitung zur Parteikonferenz gewonnen. Die Arbeiter

des Landmaschinenbetriebes beschlossen, im Jahre 1932 statt 12 000 Traktorenplanis 15 000 zu liefern.

Ein neues Telegramm aus Leningrad: „Die Leningrader sozialistische Industrie verringerte 1931 nach vorläufigen Aufstellungen den Import aus dem kapitalistischen Ausland um 255 Millionen Goldrubel.“

Ein Brief fällt besonders auf, der viele Unterschriften von Arbeitern trägt. Er ist geschrieben im kalten Norden von den Soldatinnen in Archangelsk, den „Zwangsarbeitern“ bürgerlicher und sozialdemokratischer Abgabestellen. 20 126 Soldatinnen unterzeichneten diesen Bericht: „Wir begehren die Durchführung der 17. Parteikonferenz mit neuen Erfolgen, mit verstärktem Kampf zur Vervollständigung des Fünfjahresplans im Februar, des Abrüstungsplans im März.“

Nach dem Bericht des Genossen Orzhonikidse, den wir nach ausführlich veröffentlichten werden, setzte eine lebhaft Diskussion ein, die heute den ganzen Tag dauerte. Im Verlauf der Diskussion sprachen u. a. der stellvertretende Volkskommissar für die Schwerindustrie, Genosse Seredrawski, der Volkskommissar für die Leichtindustrie, Genosse Ljubimow, der Volkskommissar für die Holzindustrie, Genosse Lodom, der Vertreter des westsibirischen Gau, die Vertreter aus Leningrad, der Sowjetunion, dem Nordkaukasus, dem Industriegebiet von Zwanzow-Wohngebiet, die Genossen Pajtschew, Kusjata, Mikajen, Scharin und andere.

Wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion mitteilt, hat die Sowjetregierung den bisherigen stellvertretenden Volkskommissar für den Außenhandel, Brizer, zum Handelsminister in Berlin ernannt.



47. Fortsetzung.

„Aber warum einen Mann wie Stinnes nicht ausnützen? Kommt die Anleihe zustande, ist der Spul aus. Soll diese Möglichkeit untergraben werden durch die blödsinnige Forderung der radikalen Schreier? Ach dich mal an den Kopf, Albert! Ich töden die Demagogen, daß Stinnes die Kasse allein schmücken soll, und dann töden sie, daß auch die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften ein Würstchen mitreden wollen. Uffhalt!“

Kämmel sah auf die Straße, und sein Gesicht zeigte einen verzweifeln Ausdruck. „Und da fehlt gerade noch, daß wir auch im Staat und in der Kommune das Feld räumen und in der Gegend herumspazieren. Dann stehen wir wieder da, wo wir zu Wilhelmus Finken gefanden haben. Daß so ein Treiben überhaupt noch Boden findet?“ „Ist doch Kämmel. „Die Freiheit der Journalisten? So weit ist es, Gott sei Dank, nun doch noch nicht! — Gehst mit?“

Albert erhob sich schweigend. An der Ecke verabschiedeten sie sich. „Bist ja heute und mach dir keine Sorgen“, sagte Kämmel zurück. „Wenn du die Vorladung hast, — weißt ja, wo ich wohne.“

Andem Tags erhielt Albert die Vorladung zum Mietungsausschuß nebst der Begründung der Klammungsfrage und ging damit hinunter zu Radtke. Der sah an einem mit vielen Säulen und Schmelzstein verzierten Schreibtisch. Auf seiner Kasse balancierte ein schwarzgerändertes Kneifer, über dem er klirrend hindurchschallte.

„Was verschafft mir die Ehre, Herr Buchner?“

„Was haben Sie denn hier zusammengeschrieben, Herr Buchner? Dazum glauben Sie doch selbst nicht!“

„Stadte nahm keinen Kneifer ab, eine Gelle, die offenbar die Mietungsausschuß zur Antwort im voraus andeuten sollte. „Sie erlauben

lich alle, mich der bewachten Pflanze zu beschäftigen, Herr Buchner? Dann muß ich Ihnen selber eröffnen, daß ich keinerlei Veranlassung habe, weiter mit Ihnen zu konferieren“, meinte er.

Es löstete Albert harte Heberwindung, wortlos zu gehen, aber er ging.

★

Auf der Treppe fragte ihn Frau Lederer: „Was will denn der Kerl von Ihnen, Herr Buchner?“ und reichte ihm einen Bescherensettel, den Stadte den Mietern zur Unterschrift vorgelegt hatte. Frau Lederer wohnte unter der Wohnung Alberts, und sie sollte als erste unterschreiben, daß sie vor Krieg durch die nächtlichen Versammlungen nicht schlafen konnte; daß Herbert die Treppe auf und ab wie ein Verächter, nur um Herrn Stadte Sachschaden zu verursachen, Hof und Kellergang herunterzureinigen; daß alles in allem jeder anständige Mensch es ablehnen müsse, mit solchen Mietern in einem Hause zu wohnen. „Wir wohnen doch nun schon acht Monate hier“, meinte Frau Lederer, „wir haben von all dem noch nichts gemerkt. Man müßte eine Hausvermittlung einberufen, um dem Kerl das schmutzige Handwerk zu legen. Der will nur sein Schädelchen ins Trockene bringen und deswegen die Mieter untereinander aufheizen.“

In der Mieterversammlung wurden Lech, Lang und Frau Baumann zum Mieterrat gewählt, und beschloßen, in der Sache Buchner eine Gegenklärung der Mieter zu veranlassen. Auch die Nichtanwesenden wurden sofort aufgeführt und ihnen die Erklärung zur Unterschrift vorgelegt. In einer darauf folgenden Hausversammlung sollte dann zu den Pflichten des Hauswirts Stellung genommen werden, was jedoch keinen abhielt, schon jetzt auszusippen.

Der Kerl läßt einen Tagelang ohne Wasser liegen. Jede Woche ist in der Baracke das Rohr entweiht.

„Das Dach ist halb abgedeckt; es regnet so durch, daß es bei uns durch die Küche kommt, gucken Sie sich mal unsere Decke an!“

„In der Wäschkammer hat er einfach den Abfluß herausnehmen lassen. Wenn die Weiber das Wasser mit dem Eimer aufnehmen und in den Wusch gehen müssen, verpöndeln sie nicht so viel“, sagt der Schweinehund! Was denkt sich der Kerl eigentlich?“

„Der hat schon zehn Jahre keinen Tag machen lassen. Nur immer Mühe kassiert. Bei uns ist der Herd schon halb eingefallen. Wenn es nicht gefüllt, der kann ja gehen“, sagt der Tagelöhner.

„An den Fenster ist kein Gramm Farbe mehr. Die Tapeten

fallen einem ins Essen. Sind wir denn nur dazu da, um den Kerl zu mühen?“

„Bei uns mühte er die Stube machen lassen. Wunde vom Mietungsausschuß dazu verurteilt. Da trauht das Efel selbst tagelang oben rum und schmirt die Wände mit Wasserfarbe an. Wenn man tantommt, hat man die halbe Wand am Buckel. Und wie ich ihm das sage, da grient der Drecksopf noch und meint: „Zieh'n Sie doch nach dem Grundwald, in 'ne Villa, wenn Ihnen das nicht peht.“

„Der ist nicht nur geizig, sondern direkt niederträchtig. Ich bin bei meinen Eltern gewesen und habe mir drei Kaminchen mitgebracht. So groß waren die (Vordr zeigt: so lang wie seine Hand, das hätte kann jeder erraten); und die hatt' ich auf meinem Boden in einer mit Blech ausgelegten Kiste. Ein paar Kaminchen fittert man immer durch, das höchste Futter hätten sich die Götter rangelholt. Hätt' man auch mal 'n Hoppen Fleisch gehabt, jetzt bei der Teuerung. Denken Sie, der Kerl hat gerucht, bis ich sie weggebracht hab? Zum Gesundheitsamt ist er gerannt und hat da angegeben von Geruch und Breiter verlaufen und so, Der Schublad!“

„Über seine drei Kassen, die die Treppen und den Boden nollpissen, daß es stinkt wie im Schweinehau. Das muß man sich gefallen lassen! Wenn man in den Hof kommt, tritt man in lauter Fäkalien. Er kann sich 'ne ganze Menagerie halten. Kassen, Fühner und Hund.“

„Und vor allen Dingen seinen Vogel nicht zu vergessen!“ unterbrach die dicke Baumann und löste die Diskussion in Lachen auf.

Lech stellte fest, daß nicht alle Mieter die Gegenklärung unterschrieben hätten. Herr Ems erklärte, daß er sich mit so etwas nicht abgeben! Dieser Herr Ems wäre, wie aus dem Schreiben des Mietamtes zu ersehen sei, von Stadte als Zeuge angegeben, ebenfalls Herr Müller.

„Müllers ziehen doch zum Essen!“

„Und Ems wohnen doch parterre. Wollen die auch den Krach oben gehört haben?“

„Die Müllers und Ems sind mit dem Stadte im Verein“, berichtete die Baumann. „Das ist so 'n schwarzweißes Königin-Tafel-Brot. Früher haben sie in Elmswohnerweht gemacht.“

„Und wen hat er noch als Zeugen?“

„Herr Staat, die Portierfrau.“

(Fortsetzung folgt)

Roter Faschingsrummel

veranstaltet vom Volksbildungsverein 1923 Dresden-Altstadt am Dienstag dem 9. Februar (Fastnacht), im Keglerheim, Friedrichstadt
 Mitwirkende: Das Balalaika-Orchester 1929. Anfang 10 Uhr. Ende 2 1/2. Allerhand Vorführungen sind zu erwarten. Die Arbeiterschaft vom Zentrum ist dazu besonders eingeladen.

E Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Dresden E

Dresden-Altstadt		Dresden-Neustadt	
<p>Alles für den Wintersport bei Heinrich Fuhrmann Georgplatz 15 55 829</p> <p>Besucht das Kabarett Altmarkt 55 828</p> <p>M. Kelling Chem. Reinigung, Kleiderlädchen, Großwäscherei Tel. 3411 Fürbitze 700/1 30 eigene Läden</p> <p>Kauft bei unseren Inserenten! H. Müller und W. Kramm Nitzsch 11, Nollenstraße 35 55 850</p>	<p>Hauptbahnhofs-Wirtschaft Dresden Billige Hausgerichte Mittagsgedecke von 1 Mark an Tunnelschänke das volkstümliche Speiselokal</p> <p>Trinkt morgens Tee! TEEKANNE LILA den Morgentees Aber stark dunkelrot aufgegossen, mit Milch und Zucker. Man fühlt sich frischer und wohler als bei sogenannten fäuligen Morgengetränken 50-g-Paket nur 80 Pfg. Für ca. 70 Tassen ausreichend</p>	<p>Hausfrauen! seid praktisch u. schlau, kauft in den Geschäften von E. 41</p> <p>6% Rabatt Ein- und Verkaufverein Dresdner Kolonialwaren- und Produktenhändler e. G. m. b. H. Eig. Kaffeebrennerei, since 1909</p>	<p>Richard Jacobi Karl Henker Nachf., Hechtstraße 20 Eisenwaren, Werkzeuge Haus- und Küchengeräte 55 826</p> <p>Kemoitz-Sletsch Bäckerei und Konditorei Perm. Höl Meißner Kondit. 10</p> <p>Bernh. Goide Fahrradhandlg. u. Rep.-Werkstatt Kleinburg-Str. 50</p>
Dresden-Lobtau		Dresden-Gornitz	
<p>Lichtspiele Li-Mu Musenhalle 55 830 Dresden, Kesselsdorfer Straße 17, Eingang Poststraße Modernste Einrichtung / 1950 Sitzplätze / Mäßige Preise Allererste Programme Autolinien A und 1 / Straßenbahnlinien 7, 20 und 107</p> <p>Lobtau Kohlenhof Kesselsdorfer Straße 34 - 1955/1</p>	<p>Domier und Herren-Hüte „Friedrichs“-Futterläden, Nollendorfer Str. 48 55 831</p> <p>Dresden-Dornitz Arth. Schurardt, Pinner Landstr. 25 6% - Lebensmittel, Schokolade - 6% 55 820</p> <p>Leinbäckerei Arthur Seifert Pinner Landstr. 31 55 831</p> <p>Kauft Lebensmittel bei Frau Hermann Georg-Naroth-Str. 25 55 822</p> <p>Lebensmittel - Süßwaren Hildegard Trept, Bebelstraße 53 55 821</p>	<p>Butter gut und preiswert Erhard Sändig Kesselsdorfer Straße 101 55 829</p> <p>Dresden-Tolkewitz Abhaltung feiner Fleisch- und Wurstwaren mit Fleischbraten Mag Richter, Fleischermeister Berggäßchen Str. 18 55 828</p>	<p>Mittel Gewächse, Kesselsdorfer Str. 125 Schreppelstr. 10, Kesselsdorfer Str. 125 55 822</p> <p>Dresden-Blasewitz Referiert 16 55 827</p> <p>Dresden-Gruna Marie Reich, Seppelstraße 65 6% - Kaffeebohnen und Schokolade 55 824</p>
Dresden-Johannstadt		Dresden-Leuben	
<p>W. Maringer, Stalemitzer Str. 52 A. Vossel - H. Seidel, Leubuscher Str. 15 55 844</p> <p>Dresden-Striesen Billige neuzeitliche Ernährung Gersten, Teutoburgstraße 15 Stalemitz, Reibensstraße 47 Puffe Janßen, Tel. 34 268 Montags 6-7 Uhr Sonntag, Kaffeebrennerei 55 845</p> <p>Leinbäckerei Arthur Seifert Pinner Landstr. 31 55 831</p> <p>Kauft Lebensmittel bei Frau Hermann Georg-Naroth-Str. 25 55 822</p> <p>Lebensmittel - Süßwaren Hildegard Trept, Bebelstraße 53 55 821</p>	<p>Dresden-Briesnitz Walter Schimpey Kolonialwaren, Eisenwaren, Kleiderlädchen auf der Schloßstr. 21 55 827</p> <p>Fahrradhandlung u. Reparaturwerkstatt Max Pöhlitz Nollendorfer Str. 31 55 831</p> <p>Film-Eck Lichtspiele Dienstadt und Freitag Programmwechsel Erwerblose halbe Preise 55 824</p>	<p>Friedrich Kleemann Samen, Futtermittel, Gartengeräte, Düngemittel, Torfmull Vogelutens. Zigarren, Papierwaren Pirner Landstraße 153 / Ruf 90226 55 826</p> <p>Lebensmittel und Süßwaren H. Lange, Königallee 10 55 821</p> <p>Quo Dahné, Nollendorfer Str. 1 Lebensmittel, Spezialität, Wurstwaren 55 821</p>	<p>Referiert 11 55 821</p>

Inserieren bringt Erfolg!

Um die Bezirksmeisterschaft

am Sonntag, dem 7. Februar 1932, 14.30 Uhr, auf dem Sportplatz Süd-Hellos in Reick, Tornaer Straße
DSV (Meister der Gruppe A) gegen 1885 (Meister der Gruppe B)
 Straßenbahnen: 13 und 9, Autobus: Dresden-Pirna, Staatsbahn bis Reick. Eintritt 40 und 20 Pfennig

H Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Ostsachsen H

Heidenau		Meißen		Freiberg	
<p>Konditorei u. Café Fülle Freilag, Sonnabend, Sonntag: Künstlerkondit., täglich frisch: Tee- Gebäck, Kuchen, Torten u. dergl. sowie Frühstückgebäck 15164</p> <p>Groß-Schuhreparatur / Edwin Fritsch, Martin-Luther- Straße 8 Solide Arbeit, niedrigste Preise. Verwendung von la Material 55 885</p>	<p>Na nur hinten einmal wer probiert, der lobt das Brot vom Mühlental</p> <p>Schloßmühle Dohna Familie Börner</p>	<p>Lebensmittelhandlung Emmi Marthahn, Mühlbergstr. 13 55 885</p> <p>Restaurant Stahlbacher empfiehlt feine Entenbraten - Reservierung empfohlen 55 884</p> <p>Bäckerei Max Rätzke, Zeltweg 28 Spezialitäten: Pumpernickel, Lebkuchen, Ritz, Nusskuchen, Mandel, Lebkuchen, Ritz, auf Wunsch Lebkuchen 15066</p> <p>Schäffler Jäger, Kaufmannstraße Bereinigungs- u. Garben Handmüllerei - Drei Montag 55 882</p> <p>Antonmann Weber & Brand, Wartstr. Nr. 11 (Poststr.) Ritzbraten in alt. Anfertigung 55 883</p> <p>Anna Heller, Burgstraße 13 Alle u. Kolonialwaren, 600, Bergstraße 55 884</p> <p>Seelisch- und Delikatessen- Geschäft Wertmstraße 20 55 888</p>	<p>Trinkt das gute Riebeck-Bier!</p> <p>Milchhof Freiberg Peters-, Burg-, Bertheisdorfer, Lange- Straße und Meißner Gasse</p> <p>Fahrräder Nähmaschinen Wärmemaschinen Spielwaren WINTER Erbischstraße 23</p> <p>Kämpft gegen Faschismus! Reserviert</p> <p>Reinhardtgrünna Willy Vogler Lebensmittel- und Fahrradhandlung 55 877</p> <p>J. Luschitz Bäckerei 55 878</p>	<p>Brand-Erzdorf! Hermann Schük, Markt Kolonialwaren</p> <p>Brot-, Weiz- und Feinbäckerei Café Schramm, Grobhermannsdorfer Str. 10 55 879</p> <p>Kolonialwaren und Delikatessen Rich. Lange, Hauptstraße 10 55 879</p> <p>Lebensmittel Bruns Pichler Dorfstraße 7c 55 879</p>	
Pirna		Schandau		Wendischböhme	
<p>Kurt Wagner, ff. Fleisch u. Wurst- waren zu niedrigen Tagespreisen N. r. d. p. l. a. g. 5 55 881</p> <p>Niederschlitz-Luga W. H. J. J. - Wollereiprodukte Butter - Lieferung nach allen Stadtteilen 55 883</p> <p>Rathmannsdorf Kurt Schürich, Rathmannsdorf, Platz Hauptstraße 28/29 15024</p> <p>Wendischböhme Karl Bauer & Co. Hermann Penzbergstraße und Reichen 15027</p>	<p>Clemens Junghans, Wartstr. 18 Damen-, Herren- und Kinder-Konfektion 15166 und 15167</p> <p>Manufaktur u. Konfektionswaren Arthur Römer 55 882</p> <p>Lebensmittel, Speis. Spezialität, Wurstwaren Rich. Schük, Lindenstraße 154 55 883</p> <p>Herrn-Progerie, Nollendorfer-Str. 213 Kolonial-, Herren- und Damenkleidung 55 887</p> <p>Emil Müller Kolonialwaren, Einkaufshilfe der Arbeiter - - - Ritzstraße 26 55 884</p> <p>Farben-Heering Zaukenstraße 187b 55 884</p>	<p>Referiert 11 55 821</p>	<p>Referiert 11 55 821</p>		

Kauft nur bei unseren Inserenten!

Die Sozialpolitik nach der 4. Notverordnung

Industrielle und Deutscher Städteitag fordern weitere Verschlechterungen. Die Dorfschläue des ehemaligen Staatssekretärs Poppitz Opfer des Krieges und der Arbeit, kämpft mit den Werttätigen unter Führung der SPD gegen Sozialreaktion und Faschismus!

Mit der 4. Notverordnung sind weitere scharfe Eingriffe in die Sozialpolitik unternommen worden. Die Lage der Rentner, der Arbeitslosen, der Erwerbslosen wurde wiederum unglaublich verschlechtert und die Existenz aller dieser Schichten bedrohlich in Frage gestellt. Was heute von der Arbeitslosenversicherung noch übrig ist, kann nur als kümmerlicher Rest der ehemaligen Rechte der Arbeiter und Angestellten gelten. In den Gemeinden ist heute das Bild zu verzeichnen, daß auf Grund dieser Verschlechterungen nur noch ein Drittel Arbeitslosen- oder Kranksunterstützung erhält. Alles andere ist auf die Bettelgenüge der Wohlfahrt angewiesen oder erhält, da heute jeder Pfennig Nebenverdienst angerechnet wird, überhaupt nichts.

Zu den schon wieder neue Pläne auf der Tagesordnung der Reichsregierung
Herr Löbe, SPD, kündigte vor kurzer Zeit Änderungen auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung an, von so schwerwiegender Art, wie wir sie kaum jemals für möglich halten würden. In gleicher Zeit aber fordert der ehemalige Staatssekretär Poppitz vom Reichsfinanzministerium in einem neuen Programm:

Einheitsleistung der gesamten Unterstützung, Erwerbslosen, Kranks- und Wohlfahrtunterstützung, das ist keine Forderung, die er erhebt. Die gesamte Unterstützung soll dann nur noch in Höhe der Wohlfahrtunterstützung gesahlt werden!

Um die Finanzierung sicherzustellen, soll neben den heute bestehenden Steuern noch eine besondere Notabgabe erhoben werden. Letztere soll auch allen denen abgefordert werden, die niemals in die Lage kommen, Unterstützung beziehen zu müssen.

Das heißt neue Raubzug auf die Taschen der unteren Beamten

Die unteren Beamten, denen genau so wie den Angestellten und Arbeitern ein Drittel ihres Einkommens abgenommen wurde, sollen erneut bluten. Alle Nebenleistungen sollen selbstverständlich weiter bestehen bleiben.

Dieser Plan wird vom Verband der Industriellen selbstverständlich freudig begrüßt.

Der Vorstand des Deutschen Städteitages, dem Herr Poppitz seinen Plan entwickelte, und dem alle die Kommunalbeamten von der SPD bis zu den Nazis angehören, die als brutale Mitsprecher des Sozialabbaus in der Öffentlichkeit bekannt sind, hat sich dieses Planes gleichfalls mit viel Energie angenommen und versucht ihn bei der Reichsregierung durchzusetzen. Aber zweifelt noch daran, daß die Brüningregierung nicht in einer neuen Notverordnung diesen Plan aufnehmen wird? Doch die SPD eingeweiht ist, beweisen die Äußerungen des SPD-Reichstagspräsidenten Löbe.

Die Gefahr ist riesengroß!

Es gilt schon heute Stellung zu nehmen. Die Frage geht alle Werttätigen an. Wer heute noch Arbeit hat, muß damit rechnen, daß er morgen schon draußen liegt.

Es gibt nur eine Partei, die ernsthaft gegen diese reaktionären Anschläge kämpft, das ist die kommunistische Partei. Stärkt deshalb die KPD, reißt euch ein in die rote Einheitsfront zum Kampf gegen Sozialreaktion, für Arbeit, Brot und Freiheit!



Mit diesen Schreiben wollte SPD-Stadtrat Kirchhof den Arbeitsopfern den Unterstützungsabbau schmackhaft machen

Die außerordentlich schlimme Finanzlage der Stadt macht es unmöglich, die erforderlichen Mittel für die laufenden Unterhaltungen im bisherigen Umfang auszubringen. Wir sind deshalb zu unermesslichen Besparungen, die Unterhaltungsätze ab 1. Januar 1932 nochmals herabzusetzen. Ihre neue Unterstühtung beläuft sich auf

1,50 RM monatlich - wöchentlich

Die Auszahlung erfolgt in derselben Weise wie bisher.

Der Rat zu Dresden, Fürsorgeamt.

Dresden, Ende Dezember 1931.

Die außerordentlich schlimme Finanzlage der Stadt macht es unmöglich, die erforderlichen Mittel für die laufenden Unterhaltungen im bisherigen Umfang auszubringen. Wir sind deshalb zu unermesslichen Besparungen, die Unterhaltungsätze ab 1. Januar 1932 nochmals herabzusetzen. Ihre neue Unterstühtung beläuft sich auf

2,10 RM monatlich - wöchentlich

Die Auszahlung erfolgt in derselben Weise wie bisher.

Der Rat zu Dresden, Fürsorgeamt.

31 Pfennige blieben pro Kopf nach dem letzten Abzug übrig



Aus SPD-Stadtrat Kirchhofs Reich

Die Fürsorge in Dresden nach der vierten Unterstühtungsstürzung

Mit der 4. Notverordnung wird auch den Bezirksverbänden der Arbeitslosen die Möglichkeit gegeben, die Fürsorge weiter abzubauen. Die für die Rentenempfänger wesentliche Bestimmung, daß die gehobene Fürsorge 25 Prozent über der allgemeinen liegen muß, wurde gänzlich aufgehoben. Trotz der nach als früher wird dadurch die Lage derer, die auf Grund ihrer Schwächen oder ihres hohen Alters nicht mehr in der Lage sind, jemals wieder zu arbeiten, aber auf der anderen Seite mehr Ausgaben haben.

In welchem Tempo die Amtsstellen arbeiten können, zeigt sich am besten in Dresden

Kaum war die Draufschwärze der letzten Notverordnung trocken und schon hatte der Rat mit der Kreisbauernschaft erneut die erbärmlich niedrigen Richtsätze gefasst und die gehobene Fürsorge fast ganz beseitigt. Seit zirka einem halben Jahr sind nunmehr für ein Ehepaar in der sogenannten gehobenen Fürsorge um 25 RM gefasst und bei jedem Kind um 4 RM.

Bei einer ledigköpfigen Familie bedeutet der Entzug pro Monat 61 RM

Zuletzt wagen sich Vertreter der Stadt Dresden noch zu behaupten: „Dresden könne sich mit seiner Fürsorge noch leisten.“ Wer mit der Materie nicht näher vertraut ist, weiß ja noch nicht wie eigentlich die gesamte Öffentlichkeit getäuscht wird. Wenn z. B. heute die gehobene Fürsorge noch ganze 67 RM für ein Ehepaar beträgt, so ist in diesem Satz noch 22,50 RM Miete, 4,20 RM für Gas und 4,20 RM für besondere Bedürfnisse enthalten, so daß ganze 36 RM für ein Ehepaar zum Lebensunterhalt im Monat übrig bleiben. Fast unmöglich aber wird es klingen, daß die Unterstühtung im Höchstfalle bis zum 4. Kind gewährt wird. Wenn also eine Familie 8 Kinder hat, so ergibt die genaue Berechnung, daß ganze 31 Pfennig pro Kopf zum Überleben bleiben.

Die Amtsstellen verschweigen aber ferner auch sehr gern der Öffentlichkeit, daß eine Dienstverweisung besteht, monach Hilfsbedürftigen die ersten 6 Wochen nur Unterstühtung in Höhe von vier Fünftel des Fürsorgetatschates gesahlt werden braucht. Die hausgebürigen verschlechterten Anrechnungsrichtlinien sorgen dann noch bestimmt dafür, daß nur in den seltensten Fällen die Unterstühtung in den bekanntgemachten Sätzen gesahlt wird.

Wohnt z. B. ein Ehepaar, was auf 67 RM Unterstühtung Anspruch hat, bei seinen Kindern, und es wird nachgewiesen, daß sie keine Miete bezahlen, so erhalten sie nur 44 RM pro Monat.

Dort plagt sich ein anderes Ehepaar mit einem Hausmannssohn, wofür es 15 RM pro Monat Entschädigung gibt, so fahrt der Unterstühtungslos auf 67 RM auf 52 RM. Die Entschädigung für diese Arbeit wird als Miete gerechnet und demnach gänzlich in Abzug gebracht. Große Entschädigung gibt es dann, wenn die Betroffenen niemals etwas von den Anrechnungsrichtlinien gehört haben. Zieht z. B. ein 48 Jahre alter Rentenempfänger, weil er nicht mit seiner Unterstühtung in Höhe von 49 RM pro Monat auskam, zu seiner Mutter, so erhält er dann nur noch 21,50 RM Unterstühtung, weil im Unterstühtungslos der Mutter schon die Miete enthalten ist. Sehr schlimm sind auch die Auswirkungen bei der Heranziehung unterhaltspflichtiger Kinder.

Wir haben einen Fall, wo Mutter und Tochter zusammenwohnen. Die Tochter verdient 140 RM pro Monat. Von der Fürsorge wird sie mit 20 RM zur Unterhaltspflicht herangezogen. Da ihr Verdienst über der gesetzlichen Grenze liegt, muß sie die ganze Mietsteuer in Höhe von 11 RM bezahlen. Bürgersteuer wurden ihr 24 RM auferlegt und da sie noch nicht verheiratet ist (Verwitwung gefallen - Weltkrieg 1914/18), muß sie auch noch die Lebigensteuer sich vom Lohn abziehen lassen. Die Mutter aber erhält ganze 22 RM pro Monat Unterstühtung von der Fürsorge. Die Anrechnungsrichtlinien und Dienstverweisungen enthalten aber noch eine ganze Anzahl Bestimmungen, durch die die wirklich zu zahlende Unterstühtung fast gefasst wird. Wir wollen nur noch darauf verweisen, daß früher bei Zusatzrentnern 5 RM der Rente nicht auf die Unterstühtung angerechnet werden durften, während jetzt die Rente voll angerechnet wird. Auch durfte vor den Ver-

Den richtigen Weg gefunden!

Ein Pfarrer hat es ihm beigebracht

(Arbeiterkorrespondenz 160)

Von einem Wohlfahrtsverwalter wird uns geschrieben: „Ich ließ mich Weihnachten verkleiden, an mehrere Dresdner Vereine und Firmen Bittgesuche zwecks warmer Kleidung abzuschicken. Abnehmenden Bescheid erhielt ich vom Freiwirtschaftlichen Hilfsverein, von der Firma Esber und von drei weiteren Firmen. Ich richtete auch ein Schreiben an den Pfarrer S. von der Kreuzkirche. Am 29. 12. 31 mußte ich auf ärztliche Anordnung ins Krankenhaus Johannstadt. Von hier aus richtete ich ein Gesuch ans Wohlfahrtsministerium. Eine Karte als Antwort dieser Behörde besagte: „Ihr Gesuch ist an den Rat zu Dresden, Fürsorgeamt, abgegeben worden.“ Das ist alles, was das Wohlfahrtsministerium mir mitteilen konnte. Nach meiner Entlassung aus dem Krankenhaus begab ich mich zum Fürsorgeamt. Nachdem meine Akten genügend durchstöbert waren, erhielt ich zur Antwort:

„Sie können günstigenfalls einen alten Mantel erhalten. Die Hufe, die Sie anhaben, ist zwar spedig, aber an einer Hufe haben Sie genug.“

Die Stadt hat kein Geld, wurde mir gesagt. In dem Gesuch an das Ministerium hatte ich um einen Anzug, einen Mantel, etwas Leibwäsche und ein Paar Schuhe gebeten. Aber vergebens! Am 18. Januar ging ich zum Pfarrer nach der Kreuzkirche. Durch sein Dienstmädchen wurde mir erklärt, daß mein Gesuch an den Pfarrer S. Jahnstraße, abgegeben worden sei. Ich hatte nämlich kurze Zeit in diesem Kirchenverletzt gewohnt. Als ich zu diesem Pfarrer S. kam, wurde mir folgender Empfang zuteil: „Kommen Sie mal rein.“ Nach etlichem Hin und Her fragte mich der Pfarrer, warum ich bestrast gewesen sei. Er gab mir dann zwei Pfund trockenes Brot, damit ich meinen Hunger stillen konnte. Von den erbetenen Sachen erhielt ich nichts.“

Wo bleibt hier die vielgepriesene Strafgefangenenfürsorge? Ist es ein Wunder, wenn diese in Rat befindlichen, da sie

Schlechterungen jeder Unterstühtungsempfänger pro Woche 5 RM verdienen, ohne daß die Unterstühtung reduziert wird. Heute sind noch ganze 1,50 RM vom Arbeitsverdienst anrechnungsfrei.

Der Rat zu Dresden kann auf seinen Erfolg stolz sein - alles in allem ist es ihm gelungen, 50 Prozent der Unterstühtung abzubauen. Wenn man dies feststellt und gegenüber die Bestimmung stellt, in der es heißt:

„Bei Senkung der Richtsätze ist es insofern notwendig, daß das Existenzminimum gewährleistet wird“, so ist das wie eine Verhöhnung aller Fürsorge- und Rentenempfänger.

Dresdens Rat zeigt, daß die Feststellung in der Erklärung der kommunistischen Fraktion im Dresdner Rathaus, daß die Kommunisten in der Hand der National- und Sozialistischen wichtige Instrumente zur Durchführung der Hungeroffensive gegen die Werttätigen sind, Wort für Wort zutrifft. Herr Kili, der Staatspartei, und Herr Kirchhof, der SPD-Stadtrat, sie führen den Abbau mit aller Rücksichtslosigkeit durch. Wollen die Werttätigen Rettung vor weiterer Verelendung? Dann müssen sie sich einreihen in die rote Klassenfront unter Führung der KPD zum Kampf um ausreichende Unterstühtung, um Arbeit, Brot und Freiheit!

überall abgewiesen werden, erneut gegen das hungerliche Gekel verstoßen? Hunger tut weh!

Aber ich weiß heute, daß ich einen solchen Weg gegangen bin. Ich habe hier einen Ansehungsunterricht erhalten, der besser wirkte als Dutzende Reden auf mich wirken konnten. Ich reihe mich ein in die rote Klassenfront und werde mit kämpfen gegen Sozialreaktion, für ein freies sozialistisches Deutschland!

Was eine Fürsorgedame erzählt ...

Von 8.60 Mark soll er noch sparen

Zu einem 22-jährigen Fürsorgeempfänger, der zur Unterstühtung bei fremden Leuten wohnt, kommt eines schönen Tages eine Fürsorgedame, um sich über seine „Vermögensverhältnisse“ zu informieren. „Ihnen Fürsorgeamt besahmt er monatlich 8,00 Mark Unterstühtung. Für ein nicht heizbares kleines Zimmer muß er 5 Mark pro Woche bezahlen. Es bleiben ihm zum Lebensunterhalt ganze 3,60 Mark übrig. Die Fürsorgedame rechnet ihm vor, was ein junger Mann zum täglichen Leben braucht:

- Täglich eine Suppe im „Volkswahl“ zu 10 Pf. . . . 0,70 Mark
- Täglich ein Topf schwarzer Kaffees zu 5 Pf. . . . 0,35 Mark
- Wöchentlich ein 4-Pfund-Brot 0,60 Mark
- Wöchentlich ein Pfund Margarine, Winterhilfe . . . 0,35 Mark
- 1 Dst. Kino, Wälderreinigung, neue Strümpfe, 3-garretten usw., das ist heutige Mode, darauf muß man eben verzichten 2,00 Mark

„Also, von Ihrer Unterstühtung können Sie wöchentlich noch 1,50 Mark sparen.“ - Er war erstaunt, ob diese unendlichen Möglichkeiten, zu sparen. Da er sich seiner Sache nicht ganz sicher war, erklärte er der Dame kurz entschlossen: „Wollen Sie, ich traue mirs nicht ganz zu, aber wenn Sie es mirschaffen, so möchte ich Sie gleich bezahlen.“ Darauf entließ sie mit einem treubühnen „Auf Wiedersehen“.

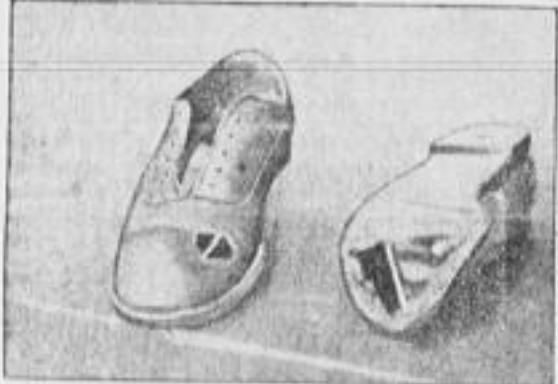
Nur ein verzweifelter Handwerksbursche

Einer von Tausenden, der frierend von Ort zu Ort zog, bis er um eines Paar Schuhe willen ins Gefängnis kam

Es ist erst ein paar Tage her, als eine bürgerliche Nachrichtenagentur aus Warschau im Bogdan eine kurze satirische Meldung brachte, wie sie jetzt täglich in Dutzenden in den bürgerlichen Zeitungen ohne Kommentar zu lesen sind. Wenige Zeilen, hinter denen sich das Lebensdrama eines Menschen verbirgt, der an der kapitalistischen Welt zerbrochen ist, als „soziales“ Element, landstreichend durch die Welt streift, bis ihn die Verzweiflung übermannen und er mit Gewalt verhaftet, was ihm die „Jubiläum“ verleiht. Die Meldung hat folgenden Wortlaut:

W. Warschau. Ein etwa 28 Jahre alter Handwerksbursche erlitten in der heiligen Salamander-Kirche und forderte ein Paar Schuhe ohne Bezahlung, da das Wohlfahrtsamt ihn mit keiner Forderung abgewiesen hatte. Da der Geschäftsführer ebenfalls das Anliegen des Mannes unerfüllt ließ, schlug dieser die beiden großen Schaulenfenster ein und verließ die Kirche. Die beiden Fensterrahmen wurden dabei durch einen Hebelmechanismus abgeführt.

Ob es soweit kam, hat dieser Handwerksbursche sehr viel erlebt. In Breslau geboren, hat er nach der Schulentlassung als Feinzer gearbeitet. Bis 1920 bewegte sich sein Leben in den üblichen



Die Schuhe des Handwerksburschen.

Schritten eines Professionsmanns. Die Jugend während der Kriegsjahre durchgehungert, dann in die Fremde des Auslandes, aber er 1920 herausgerissen wurde, als seine Eltern nach Argentinien auswanderten und ihn mitnahmen. Dort hat er wieder gearbeitet und von den geringen Erträgen der Arbeit gelebt. Sieben Jahre lang hat er die erdigen Groden auf die Bank getragen, um für jeden Fall einen Notgroschen zu haben. Dann wurde auch dort die Arbeit knapp, er ging zur See und fuhr als Schiffsbetrier kreuz und quer durch den Atlantik, bis er nach Amerika kam und im Lande der „Dollarjonne“ im Jahre 1929 arbeitslos wurde. Bis zum Mai 1931 hungerte er sich durch, dann ließ er sich seine Ersparnisse von der argentinischen Bank in Höhe von 1000 argentinischen Pesos leihen. Er hatte einen Plan gefasst, verschiffte sich als Kohlenkammer nach Europa und hoffte, sich in seiner Vaterstadt Breslau eine Existenz zu gründen.

Er beherrschte drei Sprachen, hatte noch 600 Mark bares Geld, als er in Breslau ankam, und den festen Willen, unter allen Umständen Arbeit zu finden. Er verstand kein Geld und beschloß eine Chausseurknecht in der Hoffnung, als fremdsprachiger Wagenführer irgendwo Arbeit zu finden. Er wußte ja nicht, daß es gleich ihm so viele gibt, die trotz mannigfaltiger Schulbildung arbeitslos auf der Straße liegen. Seine Ersparnisse gingen bei der Bemühung um einen Beruf drauf und er ging zum Wohlfahrtsamt. Wöchentlich 6,00 Mk. bekam er an Unterstützung und mußte noch Mitharbeit dafür leisten. Bis zur Jahreswende hat er es ausgehalten, dann folgte er dem Entschluß, auf Wanderschaft zu gehen und irgendwo anders Arbeit und Verdienst zu finden. Auf dieser Wanderschaft im Winter kam er bis nach Wauen. Seine Schuhe waren ein Bruch. Keine Sohlen unter den Füßen mehr, konnte er die Wanderung nicht fortsetzen. Auch er hatte von „Notgemeinschaft“ und „Winterhilfe“ gehört, also ging er zum Wauener Wohlfahrtsamt und erbat sich ein Paar Schuhe, da er die letzten auch nicht einen Tag länger an den Füßen behalten konnte. (Wie sie aussehen, zeigt unser Bild.) Aber trotz „Notgemeinschaft“ und „Winterhilfe“ geht das nicht so leicht. Er brachte keine Bitte vor, aber der Wohlfahrtsbeamte Eckert wies den Handwerksburschen ab. Der Abge-

gewiesene legte sich mit dem Erwerbsoffizier in Verbindung und es ging nochmals zum Wohlfahrtsamt. Aber auch dieser zweite Wege war vergebens, denn nicht einmal durch Arbeit im städtischen Wohlfahrtsheim wurde dem völlig Mittellosen Gelegenheit gegeben, sich ein Paar Schuhe zu verdienen. Man wandte sich an Herrn Bürgermeister Dr. Schlotte, der zunächst keine Zeit hatte, aber dann doch zur Verhandlung erschien. Er verstand wieder und ein Beamter bringt den Bericht, daß der Handwerksbursche keine im Wohlfahrtsamt übergebenen Schuhe sofort holen soll, sonst würde er aus dem Rathaus hinausgeworfen.

Der Fremde legte seinen Weg in Strampfen fort. Er ist nervös und in der Bahnhofstraße betritt er das Schuhgeschäft der Salamander-Gesellschaft, um sich ein Paar Schuhe zu erdteilen. Auch hier wird er abgewiesen, und mit der Beherrschung des gequälten Menschen ist es vorbei. Ohne Schuhe an den Füßen tritt er die beiden großen Schaulenfenster des Geschäftes ein und verbleibt sich dabei an beiden Füßen. Mit unsäglichen Schritten an den Füßen fällt er auf den Bürgersteig. Vorübergehende hoben ihn auf und legen den Verletzten in eine Hausflur. Die Polizei erscheint, verhaftet ihn und läßt ihn nach dem Krankenhaus transportieren. Die sich angesammelten Zuschauer werden zerstreut, aber wie ein Raufwürger geht es durch die Straßen, fast durch die ganze Stadt, und ungeheure Empörung beherrscht alle Menschen, nachdem sie erfahren haben, was den Handwerksburschen zu dieser Tat getrieben hat. Der Verwundete liegt dort und jagt: „So, nun bin ich doch wenigstens auf einige Zeit verarzt!“

Angehörige aller Stände sehen in Gruppen zusammen und diskutieren über den Vorfall. Die Empörung ist allgemein und die gelindesten Ausdrücke der erregten Menschen waren die: „Wun ist es aber Schluß, jetzt bekommt die Notgemeinschaft nichts mehr!“ Selbst die Polizeibeamten sind entrüstet.

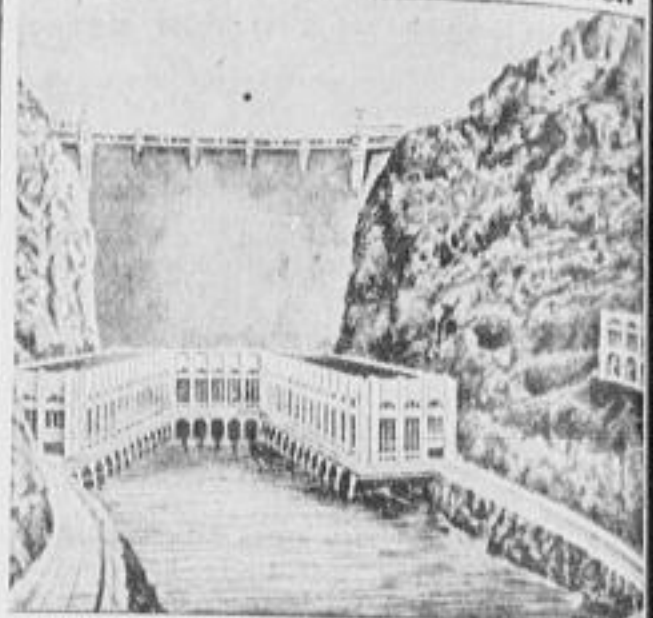
Am Rathaus aber hängt ein Anschlag, durch den verkündet wird, daß alle die rechtlich belangt werden, die falsche Gerüchte über die Sammlungen der Notgemeinschaft verbreiten... Was



Eines der beiden eingeschlagenen Fenster des Schuhgeschäftes Salamander in der Bahnhofstraße.

soil das heißen, wenn hier so drastisch demonstriert wird, daß nicht einmal ein paar Schuhe für einen frierenden Menschen vorhanden sind? Wenn alles in schönster Ordnung ist, warum wird dann der Öffentlichkeit noch immer keine Aufklärung übermittelt, aus der Einnahmen und Ausgaben klar ersichtlich sind? Herr Diez und Herr Dr. Schlotte, widerlegen Sie in der Öffentlichkeit die Verdächtigungen, die auch Ihnen ins Ohr gekommen sein müssen. Zur Charakterisierung der Behandlung des Handwerksburschen aber muß festgestellt werden, daß das Wauener Wohlfahrtsamt unter sozialdemokratischer Leitung steht! —

Die größte Talsperre der Welt



Im Süden der Sierra Nevada ist gegenwärtig dieser Staudamm in Bau, dessen Ausmaß nicht nur alle Werke seiner Art, sondern alle Bauten überhaupt übertrifft. Die Staumauer wird 223 Meter hoch und schafft einen Stausee, der bei 175 km Länge den Bodensee noch um ein Fünftel übertrifft. Sein Inhalt wird mit 36 Milliarden Kubikmeter berechnet, das ist das Fünffache derjenigen Wassermenge, die die berühmte Amazonasperre am Nil aufstaut. Obwohl der Colorado-Strom hier bereits so mächtig ist, wie etwa die Elbe bei Magdeburg, wird er noch zwei ganze Jahre brauchen, um den Stausee anzufüllen. Das Wasserkraftwerk am Fuße des Damms wird jährlich etwa von Milliarden Kilowatt erzeugen, das ist das Doppelte des Stromverbrauchs von Groß-Berlin.

Das ist das Deutschland der Notverordnungen. Gleich beim Handwerksburschen geht es Tausenden, und Tausende gehen in unglücklicher Lage. Vor Gericht endet gewöhnlich eine solche Verurteilung. Dann wird noch einmal kurz in den Zeilen berichtet: „Ein 28-jähriger Handwerksbursche wurde zu ... Jahren Gefängnis verurteilt, weil er ...“. Dann fällt die Polizei ins Schicksal, und wenn die Strafe verhängt ist, dann geht es wieder auf die Landstraße, bis die Polizei wegen eines anderen Falles erneut wartet. In den Lichtspielhäusern, an allen Straßenenden und auf Plakaten aber wird es: „Wacht für die Winterhilfe! Wir wollen helfen!“ Aber es ist keine Hilfe, die ersehnt wird, das Elend in den kapitalistischen Ländern ist grauenvoll. Vor Millionen Menschen ergeht, nicht nur in die auf der Handfläche liegen, sondern auch die, die in den ersten Wohnhöhlen hausen, die auf den Stempelstellen nach Unterstützung anfragen und in Volkshäusern minderwertigen Wohnunterkünften. Und diese Klotz greift über die erwerbsfähigen Arbeiter, über die Industriearbeiter hinweg hinein in den mühseligen Mittelstand.

Und hier kommt es nicht mehr darauf an, gegen Winterhilfen und Ausweisungen der Not zu kämpfen, sondern geht das Schlimme, das Menschen erleiden und hungern läßt, während andere in Luxus leben und die Not der Massen zum Anlaß zum schmeißender „Wohlfühlungsveranstaltungen“ machen. Der Arbeiter hilft nur der Sozialismus, den ja sich in den autonomen Klassenkampf erzeugen müssen.

Um einen Korb Holz

Ein Arbeiter schreibt uns folgenden Bericht:

Es wäre verfehlt, wenn man der Öffentlichkeit folgende Vorfall verschweigen würde:

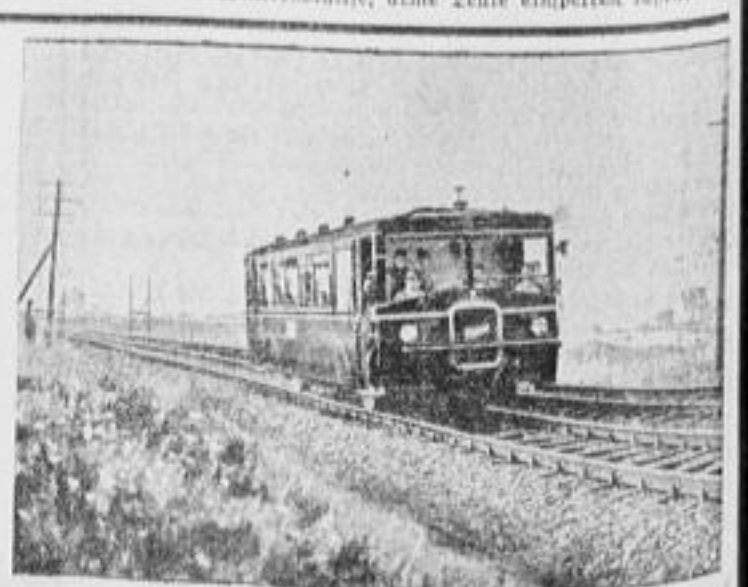
Kam es zu der Schwabacherer Katschöfeler mit Hilfe der Polizeikommissare mit dem Notstand nach den Gerichten zu. Einige Wohlfühlungsveranstaltungen hatten sich nämlich so laut, auf den Höhen einige wildgewachsene Sträucher stehen. Polizei Müller: „Zeigen Sie mir mal Ihren Schuppen.“ Der Geirat: „Um was handelt es sich denn?“ Polizei: „Sie wollen Ihr Holz leihen.“ Arbeiter: „Da werden Sie wohl ein welches mitbringen müssen.“ Katschöfeler: „Das wird wohl ein bisschen sein, Sie werden schon welches haben.“ Der Arbeiter hielt seinen Schuppen auf und welches Wunder — der Schuppen hielt einen Korb Holz verborgen! Polizei: „Wo haben Sie denn das Holz her?“ Arbeiter: „Dann gibt es keinen Helfer, weil leicht gehört es der Kirche.“ Der Katschöfeler ganz begeistert: „Da müssen wir hingehen zur Kirche.“ Der Arbeiter: „Das ist wohl eure Winterhilfe, arme Leute einsperren lassen?“



Die Furie rast. Vor einigen Wochen wurde in Kattenvenne bei Münster in Westfalen der Gemeindevorsteher erschossen. Als mutmaßlicher Täter wurde der Einwohner Altevogt mit seinem Sohn verhaftet. Die Empörung über den Mord wurde im Dorfe so gesteigert, daß nachts von unbekannten Personen das Haus der Mörder mit Rammböcken zerstört wurde. Die Familie mußte mitten in der Nacht flüchten, um nicht der Lynchjustiz zum Opfer zu fallen. Das Haus, das unser Bild am Morgen nach der Tat zeigt, mußte später völlig abgerissen werden.



Das hat noch gefehlt! Der hier abgebildete ehemalige amerikanische Fischdampfer ist zu einer schwimmenden Kirche umgebaut worden, die die Ozeane befährt und auf die Besatzungen der Schiffe losgelassen wird. Diese „Seelsorger“ des Meeres sollen wahrscheinlich, mit dieser Einrichtung den geschwundenen Einfluß der Kirche bei den Seelenten wieder zu gewinnen. Viel Schwein werden sie damit nicht haben, denn gerade der Seemann aus aller Herren Länder hat sich dem kapitalistischen Einfluß entzogen. Er verbrüder sich in allen Häfen der Welt mit den roten Mannschaften der auflaufenden Sowjetdampfer und kämpft in den Reihen des internationalen Proletariats für die Befreiung der Menschheit.



Der erste deutsche Schienenautobus Auf der Kleinbahnstrecke Grifto-Gudensberg im Kasseler Raum ist zur Zeit dieser Schienen-Omnibus in Betrieb. Der Omnibus ist von der Firma Henschel und Sohn in Kassel hergestellt worden und wird von einem gewöhnlichen Automotor angetrieben. Er soll sich recht gut bewährt haben.

PR
Vor dem Bah...
Die Kinder at...
Die wollen arb...
Halfesche...
Löhnung vor...
Name: ...
29 Stunden...
Mehrarbeit...
Leberstand...
Lebnutlauf...
Kriegsgeld...
Hilfslosigke...
Pflanz...
Größe...
Zucht...
Nachzahlung...
Abzüge...
Einkommen...
Krisenunter...
Kriegsunter...
Arbeitslos...
Invalidenver...
Pacht...
Miete...
Licht...
Schlafgeld...
Gehalt...
Mietzuschuss...
Sparen...
E.O.N. Nr. 2012 6000
Eingehung bring...
Von wem? ...
Der arbei...
einem älteren...
Ich war ein Jet...
Sie haben einig...
solche Wäcker...
Nodman! Das...
Ein Mann...
eine Knod...
die Kohle mit e...
aber als noch nid...
Lember, vor dem r...
bekommt nicht bl...
haben ausgegibt...
gerundet. Arbel...
die hier wenigst...
weshalb drei oder f...
die dahin trägt da...
die die Pflanzge...
als zu gering.
Dann gibt es e...
kommt in der Woche...
Arbeiter bekomme...
regent oder Braun...
Scheit! Die Br...
ange um 60 Prozen...
an vielen Stelle...
Eingehung erleb...
Eingehung zum...
Eingehung die Pa...
Milch, Kohle, K...
Das ist ganz ein...
und hat zwei Teile...
eben gemeinam...
Eingehung hatten sie...
von baron werben...
Eingehung. Dem Herr...
Eingehung so tun u...
Eingehung

PROLETARISCHES FEUILLETON

Marga und Elisabethglück

Senftenberg (Niederlausitz), Ende Januar.

Bei dem Bahnhof steht ein großer Hund, der mir freundlich entgegenkommt. Wahrscheinlich verwechselt er mich mit einem alten Bekannten. Warum soll ich ihm die Illusion zerstören? Ich warte ihn ein bißchen. Dann sehe ich mir meine Hand an — sie ist schwarz. Mit der anderen Hand habe ich mich am Geländer gehalten: sie ist auch schwarz. Das Pflaster ist schwarz. Die Häuser sind schwarz. Die Kohlenstücke liegen in der Luft herum, aber sie werden dem Auge erst sichtbar, wenn sie sich zu einem Haufen auf einer Fläche versammeln.

Die Kinder atmen Kohlenstaub ebenso wie die Erwachsenen. Die bürgerliche Wissenschaft — zu allem bereit — hat daraus die triviale Tatsache konstatiert, daß Braunkohle eine gesunde Sache ist, ungeeignet für die Lunge. Man sollte alle Lungentrakten von Braunkohlenbergbau schiden und nicht ins Gebirge.

Sie wollen arbeiten — was zahlen Sie dafür?

Die Bergherren meinen übrigens auch, daß die Erlaubnis zur Arbeit im Senftenberger Tagebau keine Arbeit, sondern eine

Hallesche Pfännerschaft
All. der Reichsleit. A.-O. für Bergbau, Hallescher Betrieb
Werkstdirektion Senftenberg

Lohn-Nr. **27. Dez 1931**

Löhnung vom ... bis ...

Name: **29 Stroden**

Stunden	Flaschen je Stk	
...	(mtr.)	...
Mehrarbeitszuschlag
Überstunden (25% Aufschl.)
Lohnurlaubstunden
Kindergeld
Krankentagegeld, soziale Zulagen
Plätze
Quartier
Zuschlag
Nachzahlung

Abzüge: **Gesamtlohn 24 2099**

Einkomsteuer	...
Krankentag	...
Arbeitslosenversicherung	...
Heilversicherung	...
Pacht	...
Miete	...
Licht	...
Schlafgeld	...
Geräte	...
Mietsteuer	...
Straßen	...

Auszahlung **21 11**

... bringt. Diese Vergünstigung läßt man sich bezahlen. Von wem? Vom Arbeiter. In der Wih wird erntet, er arbeitet, er will, noch Geld mitbringen muß. Tatsächlich einen älteren Arbeiter wurde eine Lohnrate überreicht, in der sich ein Zettel befand:

Sie haben einige Groschen mitzubringen, da der auszu zahlende Wochenlohn für die Miete der Werkswohnung nicht ausreicht.

Wohin? Das ist kein Wih. Immerhin ist es noch nicht die Regel. Ein Mann von über fünfzig, der schon mehr als zwanzig Jahre keine Knochen für die „Pfännerschaft“ hinstellt, bekommt eine Wohnrate mit elf Pfennig, trotzdem Vorkriegslohn, Bürgerlohn, noch nicht abgezogen wurden, denn das war noch im Oktober, vor dem neuen Rotverordnungslohnabbau. Das heißt: er bekommt nicht die ganzen elf Pfennige für seine 29 Arbeitsstunden ausgezahlt, sondern der Betrag wird auf zehn Pfennig abgerundet. „Arbeiterunterstützung“ heißt die Pfennigkasse, in der dieser Pfennig liegt, im Amtsjargon. Man kann im Krankheitsfall drei oder fünf Mark als Unterstützung beantragen. Die Wih trägt das Geld gute Zinsen für den Unternehmer. Und die Pfennige der Arbeiter sind ihm als Betriebskapital noch so gering.

Dann gibt es auch höhere Löhne. Ein Familienvater bekommt in der Woche immerhin 15 bis 20 Mark ausgezahlt. Vollwaise bekommt mehr. Allerdings sind nur noch rund zehn Prozent aller Braunkohlenproleten voll beschäftigt. Und wie voll beschäftigt? Die Brickettproduktion in Neurostolln wurde neuerdings um 50 Prozent beschleunigt. Ablöser für die Pausen gibt es an vielen Stellen nicht mehr. Die Hauptarbeit wird von den Proleten erledigt. Und zwar in einem Tempo, daß die Dampfboiler zum Himmel wachsen. Kein Wunder, daß die Unternehmer die Produktion stoppen wollen.

Milch, Kohle, Kirche

Das ist ganz einfach zu erklären: Neurostolln und Elisabethglück sind zwei Teile eines Betriebes. Sie betreiben den Kohlenbergbau gemeinsam, dessen aber zwei Brickettfabriken. Im Jahre 1930 hatten sie zusammen 1050 Arbeiter, jetzt sind es noch 545. Dem Herrn Unternehmer Weithahn bleibt in Elisabethglück genug zu tun und — in der Meierei Volle in Berlin. Vieles von dem Unternehmen gehört ihm nämlich auch. Seine Menschen-

liebe läßt ihm den größten Teil zum Bau der katholischen Kirche beisteuern, damit die aus dem Betrieb Gefagten wenigstens eine religiöse Erbauung finden.

Stillelegungsverhandlung bei Neurostolln. Hulsmanns Schwiegerjohn, der Reichstagsabgeordnete Müller vom Bergarbeiterverband, kommt extra von Dortmund herüber. Er ist mit der Stilllegung einverstanden und macht sie der Belegschaft klar. Das einzige Land ohne Krise, sagt Herr Müller, sei die — Schweiz. (Die Sowjetunion liegt ja außerhalb seiner Welt.) Und da er so mit der Schweiz hat, hat er's auch mit Wilhelm Tell. Dies Stück Theater, meint er, sei die gegebene Vertüre für kämpfende Arbeiter. Wegen des Satzes: „Sied einig, einig, einig!“

Wer's noch nicht gemerkt hat, dem sei's gesagt: Müller ist Sozialdemokrat.

Herr Müller sagt noch etwas: Wenn die Vertüre von Tell beendet sein wird, so um den 30. April herum, dann sind Tarife und Rotverordnung abgelaufen. Dann ist das Kämpfen um die Existenz wieder amtlich genehmigt, dann wird die Gewerkschaft wieder zum Kampf rufen. Wie der! hat er gesagt. Aber keine Zuhörer warten nicht bis zum 30. April, sie warteten nicht einmal den Schluß seines Referats ab. Die Versammlung wurde geschlossen und mit dem Redner der RGD, neu eröffnet.

Die Stadt der Grube Marga

Wohlgemut mühte es den Braunkohlenarbeitern gar nicht so schlecht gehen, wenn sie für 50 Pfennig Wochenbeitrag der gelben Wertgemeinschaft auf Grube „Marga“ beitreten würden. Da bekommen sie nämlich wöchentlich ein Pfund Schmalz und ein Brot gratis. Die Unternehmer von „Marga“ — von dort kommen die bekannten Jile-Briketts — werfen ihr teures Geld für solche Korruptionsversuche hinaus. Dabei haben sie so viele andere Druckmittel in der Hand. Vor allen Dingen einmal die Werkswohnungen. Wer sich maußt macht, fliegt aus dem Wert und aus der Wohnung. 90 Prozent der Marga-Belegschaft wohnen in Marga-Wohnungen. Nach der Werkswohnung kommen Rotbaracken oder Mutter Grün.

Aber die schönste Werkswohnung nützt nichts, wenn man sie selbst dann nicht bezahlen kann, solange man arbeitet. In der Lautamer-Stiedlung gibt es eine niedliche Erfindung zur Mieterhöhung. Die Häuserchen sind aligubium gebaut. Trotz billiger Briketts konnte man sie nicht warm kriegen. Nun sind die Fenster verdoppelt worden. Jede Wohnung hat vier Fenster, macht 50 Pfennig Miete für jedes Fenster mehr, macht 2 Mark mehr im Monat. Das sind 2 bis 5 Prozent des Einkommens.

Langsam beginnt man zu verstehen, warum die Schlangen der „In Lohn und Brot Stehenden“ die Wohlfahrtsämter bedürfen. Hat einer eine bestimmte Zeit nur drei Schichten wöchentlich gearbeitet, dann bekommt er Zuschuhunterstützung. Was machen die Unternehmer? In der letzten Karenzwoche legen sie eine vierte Schicht ein. Dann müssen die Proleten wieder warten.

Die Werkswohnungen sind wie Gefängnisse. Ein Arbeiter, längt mühselig, empfängt gelegentlich politische Freunde in seiner bezahlten Wohnung. Ein Frieschen klattert ihm ins Haus: „Sie dürfen keine Besuche mehr empfangen. Wir verbieten es Ihnen.“

Oder in Grube Marga: Dort ist die Kolonie eine kleine Stadt für sich. Selbst die Läden werden von der Grube bewirtschaftet. Konsumverein — gehört der Grube. Die Kneipe — gehört der Grube. Der Friseurladen — gehört der Grube. Die Kirche — gehört der Grube. Alles gehört der Grube. Wenn du dich Wohnung machst, mußt du aus dem Wert, aus der Wohnung, aus der Kolonie. Darfst du aber bleiben, so bringt du der Grube dein Geld zurück durch den Konsum, durch die Kneipe, durch die Wohnung, durch den Friseur. Auf Heller und Pfennig.

Auf Heller und Pfennig wirst du ausgeräubert. Von der Pfennigkasse bis zur Werkswohnung. Und die Senftenberger

Der Kongreß tanzt ...



... um den heißen Brei
Aus der illustrierten „Roten Post“

haben eine Meinung über die lohnbrückende Rotverordnung, aber die Herr Brüning nicht erfreut wäre.

Die Sahara-Farmer

Die Werkswohnung — das ist der eine Strich, an dem die Braunkohlenarbeiter festgehalten werden. Der zweite heißt: billiges Land. Ein Stückchen Sand wird ihnen verpachtet, das löst ihnen Pfennig einbringen würde, weil es Keiserland für längeren Kohlenabbau ist. Da ziehen sich die Kumpels ein paar Kartoffeln, lächerlich ärmliche Kartoffeln. Das Grundwasser ist längst abgezogen. Wer hier Kartoffeln großzieht, der kann auch als Farmer in die Wüste Sahara gehen. Die ist genau so fruchtbar.

Immerhin: Zeit genug haben sie zum Anbauen. Denn, wie gesagt, 90 Prozent der Grubenarbeiter arbeiten verfürzt oder überhaupt nicht. Die Maschinen werden nicht ausgenutzt. Bald werden auch die modernen Brickettpressen auf Neurostolln stillgelegt. Aber Jile-Cl hat, trotzdem dort nur drei Tage gearbeitet wird, eine neue moderne Förderbrücke hingestellt. Gelegentlich wird auch sie einen Schweißbetrieb stilllegen und dann auf modernisiertem Werkspilz mit einem Viertel der Belegschaft mit Überstunden arbeiten. Sie spart dabei, ebenso wie Elisabethglück mit kleiner Belegschaft den ganzen Neurostolln spart.

Und nun teilen die sozialdemokratischen Stadträte den weiteren Abbau der Unterhaltungslohn mit, wo ohnehin kein Erwerbslohn mehr daran denkt. Ich für 10 oder 15 Mark dem wüßerlichen Tagebau zu verkaufen. Augenblicklich ist kein merkbarer Unterschied zwischen der Erwerbslohnunterstützung und dem abgebauten Lohn.

Ein Beispiel für den Rentenabbau: Ein Bergmann verlor bei einem Betriebsunfall ein Bein. Er bezog bis zur vorletzten Rotverordnung 45 Prozent Rente. Sie wurde auf 20 Prozent ge-

Niederlausitzer Kohlenwerke **Zachow, H. A., am 30. Januar 1932**

Werkst. W. A. A. Bergarbeiter

Kontakten
HOLZ ALBING

Es ist uns bekannt geworden, dass Sie in Ihrer Verlesung von politischen Verkehr pflegen. Wir unterzogen Ihnen das ganz entschieden, werden es auch künftig nicht wahr dulden und seltigenfalls politisch unterstützen lassen.

Sollten Sie dennoch dieses Verhalten fortsetzen, so werden wir das als Hausfriedensbruch zur Anzeige bringen und Ihnen die Vollziehung sofort kündigen.

Niederlausitzer Kohlenwerke
Gebirg Zachow
Holz Albing

fürzt. Und da jetzt alle Renten bis 20 Prozent gestrichen wurden, bekommt er nichts mehr. Er darf sterben, nachdem er dem Unternehmer sein Bein und damit seine Arbeitskraft geopfert hat.

Ein altes Wort — ein neues Wort

Das ist ein kleiner Ausschnitt aus dem Senftenberger Gebiet nach der vierten Rotverordnung. Nur ein kleiner Ausschnitt. Der Bolschewik halber darf nicht verschwiegen werden, daß die Dampfschiff, die über der Senftenberger Arbeiterkassette gelegen hat, langsam zu weichen beginnt. Die Sozialdemokratie war die Parke Partei dieses Landstriches. Seit Jahrzehnten betreibt sie hier die Politik des kleineren Übels, kräftig unterstützt von den reformistischen Gewerkschaftsböngern. Die Nazis versuchten Fuß zu fassen, es ist ihnen nicht gelangt. Aber die Kommunistische Partei mit der RGD, hat den Einbruch vollzogen. Es dümmert in Senftenberg. Aus der schweren Dampfschiff, mit der die Braunkohlenproleten alles extragen haben, bricht das Murren. Sie horchen auf, sie sprechen mit. Sie haben ein sehr gewichtiges Wort mitzusprechen. Rote Betriebsräte haben das Wort. Rote Vertrauensmänner fallen ein in den Chor. Neue Betriebszellen wachsen. Das Mittelalter ist zu Ende. Die Stricke, mit denen die Kumpels gefesselt sind, sind mürbe geworden.

Und leise, aber schon verständlich, hört man ein Wort, das in Senftenberg lange nicht gehört wurde: Das Wort **Streik!**

Weiße Mäuse nicht gefragt

Erinnert euch, wie Goebbels und seine Horden die Aufführung des Films „Im Westen nichts Neues“ durch Krach und weiße Mäuse verhinderten. Die Folge: die Produktionsfirma sperre dem „Angriff“ die Inserate. Feinlich! Wo verfuhrte man, durch Verprechungen, seinen Krach mehr zu machen, die Inserate wieder zu bekommen. Sogar eine besondere Verlagskonferenz wurde deswegen einberufen. Goebbels wird also keine weißen Mäuse einlockern müssen. Denn das Geld für die Inserate ist auch ihm so teuer, daß er selbst die Gestattung dafür in Zahlung gibt, wenn er eine hat.

Würde die „Rote Fahne“ so handeln, so lähe man morgen auf dem „Angriff“ eine dicke Schlagzeile mit dem Stichwort „Korruption“. Wir zögern nicht, diese Feststellung wieder einmal gegen das schreierische Goebbels-Blatt zu erheben.

In dem „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel“ finden wir eine Preisleistungsanzeige zweier falschlicher Verlage unter der Überschrift: „Protest gegen die kommunistische Preislistatur der Rotverordnung.“

Das ist uns neu gewesen, daß auch hier die bösen Kommunisten ihre Finger im Spiel haben. Wir können die Herrschaften beruhigen: Uns wäre das Papier für solche Machwerke, selbst wenn sie noch so billig wären, zu kostbar.

Verantwortlich: Alfred Bendrich, Berlin.

Rund um den Erdball

In den Urwäldern Neu-Guineas:

Von Kannibalen aufgefressen

Grauenhaftes Schicksal politisch Verbannter in Indonesien

Das neue Heft der Roten Hilfe, das „Tribunal“, veröffentlicht folgende Schreckensmeldung: Die indonesische Presse veröffentlicht einen Bericht über die Lage der indonesischen politischen Verbannten im Internierungslager „Djal-Kamp“, in der Wildnis Neu-Guineas, aus dem sich ergibt, daß einer der Verbannten namens Suwarjo, früher wohnhaft in Tegal (an der Nordküste Mittel-Java), während des Aufenthaltes im Urwald, unweit der Baracken, in denen die Verbannten untergebracht sind, von drei mit Pfeilbogen bewaffneten Papuas beschossen wurde.

Er wurde schwer verletzt gefunden von Soldaten des Bewachungsbataillons und ins Krankenhaus gebracht, wo er nach einigen Stunden gestorben ist. Die drei Papuas wurden festgenommen und in der Kaserne eingesperrt. So gelang ihnen aber, zu entfliehen, worauf Jagd auf sie gemacht wurde, und zwar mit dem Erfolg, daß einer wieder festgenommen und ein zweiter erschossen wurde. Der dritte war spurlos verschwunden.

Die Papuas sind Kannibalen. Vor einigen Monaten hat die Unterführung einer Militärpatrouille in der Nähe des Kawarga-Flusses auf Neu-Guinea ans Licht gebracht, daß eine Gruppe im Jahre 1927 entlassener und seitdem verschmurneter Verbannter (unter ihnen der bekannte Führer Dachlan) von Kannibalen aufgestreift worden ist.

Die wahren Schuldigen an dem grauenhaften Schicksal der Freiheitskämpfer in den Urwäldern Neu-Guineas sind die internationalen kapitalistischen Ausbeuter Indonesiens. Denn um ihre Profite ruhig einheimen zu können, verdrängen diese Räuber Jahr um Jahr alle diejenigen, die sich der schrankenlosen Ausbeutung widersetzen, in die unwirtschaftlichsten Gegenden des Landes. Hier geben die verbannten Freiheitskämpfer entweder am Fieber zugrunde oder sie enden auf der Bluthochdruck- oder jenseits der Welt.

Und das ganze nennt sich kapitalistische Kolonialpolitik.

Neuyorker Spritschmuggler unter sich

M.G.-Feuer beim Saufgelage

Drei Personen getötet — Vier schwer verletzt

Neuyork, 2. Februar. Im Neuyorker Stadtteil Bronx kam es in der Nacht zum Montag zu einer wilden Schießerei unter Mitgliedern konkurrierender Spritschmugglerbanden, wobei drei Personen getötet und vier weitere mehr oder weniger schwer verletzt wurden.

Ein bekannter Neuyorker Sprintschmuggler, namens Call, veranstaltete in der Nacht zum Montag aus Anlaß seiner in letzter Zeit gemachten Riesengeschäfte mit seinen Helfershelfern in Bronx ein solennes Saufgelage. Plötzlich erschienen in der Wohnung vier Männer. Ohne Worte zu verlieren, richteten sie ein mitgebrachtes Maschinengewehr auf die Anwesenden und eröffneten ein Schnellfeuer. Sieben der 10 gewalttätig aus ihrer Festimmung perfekten Verlonen brachen zusammen. Von ihnen waren eine Frau und zwei Männer auf der Stelle tot. Die Täter entkamen nach der Tat unerkannt in einem Auto.

Das Schnellfeuer hatte die ganze Nachbarschaft jäh aus dem Schlaf gemerkt. An die Rücksichtslosigkeit der amerikanischen Banden gewöhnt, wagte jedoch niemand auf die Straße zu gehen, um die schwer Bewaffneten zu stellen oder zu verfolgen. Die zehn Minuten später eintreffende Polizei konnte nur noch den Tatbestand feststellen und für die Ueberführung der vermundeten Mitglieder der überfallenen Bande ins Krankenhaus sorgen.

Am Sonnabend Lübecker Urteil

„Höhere Gewalt, nicht Dehke hat Schuld“

Lübeck, 2. Februar. In Beginn der Dienstagverhandlung im Lübecker Kindermordprozess verurteilte der Vorhörende, daß er das Urteil am Sonnabend verkünden will.

Der Angeklagte Professor Dehke nahm gestern als einziger der Angeklagten das Wort zur Verteidigung. In der

Im Schützengraben vor Schanghai



Die japanischen Kriegstreiber haben Chabin unter Artilleriefeuer gesetzt, über Schanghai das Standrecht verhängt. Die Bedrohung der Sowjetunion durch den japanischen Imperialismus verschärft sich täglich, höchste Alarmbereitschaft aller Werktätigen ist das Gebot der Stunde.

Titelbild der neuen AIZ.

Volle des Märtzters verflüchtete er, daß er „den Kindern nur Gutes zufügen wollte“. „Der Tod sei aber den Kindern durch höhere Gewalt zugefügt worden.“

Im übrigen ersucht er das Gericht, seine Mitangeklagten freizusprechen. Wenn Zuchtlosigkeit vorläge, solle man ihm dafür bestrafen.

Ob sich das Gericht von den wehleidigen Ausführungen dieses sonderbaren „Märtzters“ beeinflussen läßt?

Drei Personen verbrannt

Bei einem Brande in einem Caféhause im Haag (Holland) kamen drei Personen ums Leben, unter ihnen eine deutsche Hausangestellte.

Falschmünzer Salabans Vergangenheit

Mit 20 Jahren bereits in Wohnungen eingebrochen

Wien, 2. Februar. Die Nachforschungen nach dem Vorleben des in Berlin in Untersuchungshaft sitzenden Falschmünzers Dr. Salaban haben jetzt ergeben, daß er bereits als Zwanzigjähriger in Wien wegen eines Wohnungseinbruchs verurteilt wurde.

Am 23. April 1904 hatte sich dann Salaban vor dem Brünner Straflandesgericht zu verantworten, allein sein Verfahren wurde von dem seiner Mittäter abgesehen, da er schon damals zu erkennen wußte, daß man ihn wegen seines Weisteszustandes untersuchte. Das Ergebnis dieser Untersuchung lautete jedoch dahin, daß Salaban für seine Taten voll verantwortlich sei, und er erhielt denn dann auch eine Strafe von vier Monaten Kerker.

So hat denn Salaban seine kriminelle Tätigkeit bereits im Alter von zwanzig Jahren begonnen. Was er dann später getan und wozu er sich gewandt, konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

Des weiteren betonen die bürgerlichen Zeitungen besonders deutlich, daß Salaban wohl das Gymnasium besucht, jedoch nicht das Abitur abgelegt hat. Wichtigkeit ...

„Ueberfall Felseneck“

Diese „Rote-Hilfe“-Broschüre in Millionen Hände

Die „Rote Hilfe“ veröffentlicht in einer kleinen Broschüre, Preis 5 Pfennig, einen Tatsachenbericht von dem Ueberfall der Nationalsozialisten auf die Laubentkolonie „Felseneck“ bei Berlin am 10. Januar 1932. An Hand von Anologen unparteiischer Zeugen wird der Hergang des Ueberfalls geschildert. Das Steindombombement auf die Kolonie, die Ermordung des Genossen Klemke, die Vertreibung der Laubentkolonisten gegen die SA-Banden. Aufgezeigt wird, wie wohl vorbereitete der Ueberfall vor sich ging, wie die Nazis plötzlich in einem Trupp von 200 Mann mitten aus einer Versammlung abrückten, wie sie anwohnende Mieter ausforderten, die Fenster zu schließen mit dem Ruf: „Es wird hier geschossen!“ Es folgen Zitate aus der bürgerlichen Presse. Geschildert wird das sofortige Eingreifen der „Roten Hilfe“, um den wahren Tatbestand aufzudecken. Die Broschüre schließt mit einem Appell an alle Arbeiter, die rote Einheitsfront gegen den Faschismus zu bilden und mit der „Roten Hilfe“ für die Amnestie aller proletarischen politischen Gefangenen und aller Opfer der Rot und des § 218 zu kämpfen.

Peit auf Java

Bereits zahlreiche Todesfälle

London, 2. Februar. In mehreren Cien Cien und Mitteljavan herrscht seit mehreren Wochen eine Pestepidemie. Vor etwa Monatsfrist brach sie in einer nord-

Der japanische Etappenhengst



Nach dem unvergesslichen Vorbild des deutschen Etappenhengst von Linville, also des Kronprinzen a. D., betätigt sich auch der Bruder und Thronfolger des japanischen Mikados der Etappe. Hier drillt er als Hauptmann japanische Araber und Bauernsöhne zum willenslosen Kanoneefütter.

Verzweiflungstat eines Ermittlerten

Celip, 2. Februar. Hier hat am Montagabend ein einseitiger Streit mit seiner Familie ein Mörderhandwerkzeuge seine Schwiegereltern und seine Ehefrau durch Schüsse getötet und dann Selbstmord verübt. Die Eltern seiner Frau hatten ihm die Wohnung kündigt. Am Dienstag sollte er ergriffen werden.

Zwei Textilfabriken in Flammen

In Vichy-Biala entzündete am Montag abend in einer Tuchfabrik ein Brand, der das ganze Fabrikgebäude in Brand setzte. Durch Kontinuität geriet eine zweite Textilfabrik in Brand. Auch sie wurde zum großen Teil zerstört. Unter den Maschinenanlagen sind auch große Wassermotoren verbrannt.

weitlich von Wandung liegenden Ortshaus aus, wo 18 Menschen zum Opfer fielen.

Kürzlich wurde bekanntgegeben, daß auch in anderen Ortschaften, vor allem in der Umgebung der Stadt Saratoga, Pestepidemie aufgetreten seien. Nunmehr wird aus Saratoga berichtet, daß der im dichtbevölkerten mittelländischen Distrikt Radu liegende Ort Vemut, abgegrenzt worden sei, da in der verflochtenen Woche 14 Todesfälle durch Pestepidemie verzeichnet waren. Die Bewohner des abgetrennten Ortes sind auf ihrem Schicksal. Eßt „Hirschtlich...“

Altonaer Tankstelle überfallen

Am Sonntag wurde auf eine Tankstelle in der Großen Altonaer Straße in Altona ein Raubüberfall ausgeführt. Zwei Arbeiter drangen plötzlich in das Kontor der Tankstelle ein, bedrohten den Wächter mit einer Pistole und beraubten die Kasse. 150 Mark enthielt. Die Täter konnten entkommen.



Auch die Polizei rationalisiert

Diese kleine Maschine wird gegenwärtig von der Polizei für ihre Brauchbarkeit hin geprüft, da sie innerhalb kürzester Zeit jeden Vorbestraften aus dem „Verbrecherarchiv“ der Polizei herausfindet. Sind bestimmte Merkmale bei dem Gesuchten bekannt, so werden an die Hebeln die entsprechend beschrifteten Stangen gezogen. Der Apparat sortiert automatisch bestimmte Kartengruppen aus, bis schließlich die Karte des mit den bekannten Merkmalen Gesuchten übrigbleibt. Aber auch die Maschine wird das verfaulende kapitalistische System, also die Boden aller Verbrechen, nicht mehr retten können.

Verantwortlich: Alfred Bandrich, Berlin.